

TOP 13:

Sachanträge

...

Themenbereich A:

Bildung, Kultur und Religion

Antrag Nr. 1: Klassenwiederholungen reformieren

Antragssteller: Junge Union Schleswig-Holstein

Der Landesparteitag der CDU Schleswig-Holstein fordert:

- Es sind zukünftig Förderprogramme (z. B. in Zusammenarbeit mit externen Partnern oder durch Förderunterricht) für Schülerinnen und Schüler, die eine Klassenstufe nicht bestanden haben, einzuführen, um die Lücken aufzuarbeiten. Diese Förderprogramme sind für die Schüler verpflichtend, sofern die Klassenstufenwiederholung aufgrund zu schwacher Leistungen eingetreten ist.
- Ein freiwilliges Wiederholen zum Schulhalbjahr soll in begründeten Ausnahmefällen ermöglicht werden.
- In den Klassen 6 – 10 müssen durchgängig dieselben Bedingungen wie in den Klassenstufen 6 und 10 zum Fortschreiten in die nachfolgende Klassenstufe gelten.
- Versetzungen auf Probe sind nur noch in begründeten Ausnahmefällen durchzuführen.
- Eine mangelhafte Leistung soll nur noch mit einer mindestens guten Leistung ausgeglichen werden können.

Begründung:

Das Wiederholen einer Klassenstufe ist eine der tiefgreifendsten Maßnahmen, die eine Schule verfügen kann. Für die betroffenen Schüler ist dies eine einschneidende Maßnahme. Für den Staat entstehen hierbei zudem Kosten. Ein solcher Beschluss muss wohlüberlegt sein. Aus diesem Grunde sollten Förderprogramme diejenigen Schüler unterstützen, bei denen eine Klassenwiederholung nötig ist, damit die Klassenwiederholung auch einen positiven Effekt auf die Leistungsentwicklung hat. Diese Programme sollen dazu dienen, dass die Lücken, die zum Wiederholen der Klassenstufe geführt haben, geschlossen werden. Aktuell bewirkt jedoch ein Wiederholen der Klassenstufe nur eines: Der Schüler macht dasselbe Schuljahr noch einmal, bekommt jedoch kaum zusätzliche Unterstützung. Ein Wiederholen ohne zusätzliche Unterstützung ist nur selten effektiv. Dies ist unter anderem dadurch bedingt, dass sich an jeder Schule der jeweilige Fachlehrer selbst darum kümmern muss. Es wäre deutlich zielführender, beispielsweise Förderunterricht in Kleingruppen anzubieten. Dies sollte jedoch nicht vom einzelnen Lehrer, sondern schulweit oder im Verbund mit mehreren Schulen geschehen. Derartige Förderprogramme sollten für die betroffenen Schüler verpflichtend sein, damit die Förderprogramme ihren Sinn auch erfüllen.

Schüler, die eine Jahrgangsstufe aufgrund nicht leistungsbezogener Gründe (z. B. lange Krankheit, familiäre Todesfälle oder Ähnliches) wiederholen, sollten hierzu nicht verpflichtet werden, da solche Förderprogramme dazu dienen würden, fachliche Probleme aufzuarbeiten.

...

Ein weiteres Problem an den aktuellen Regelungen stellt die Situation dar, dass ein freiwilliges Zurücktreten einer Klassenstufe zum Halbjahr selbst dann kaum möglich ist, wenn sich Eltern, Lehrer und Schüler einig sind. Dies ist zwar ein seltener Fall, der jedoch bei massiven Leistungseinbrüchen oder schweren familiären Krisen (z. B. Todesfällen) durchaus auftreten kann. In diesen Fällen, in denen bereits zum Halbjahr absehbar ist, dass ein Aufstieg in die folgende Klassenstufe zum folgenden Schuljahr nahezu ausgeschlossen ist, sollte die Möglichkeit eines freiwilligen Zurücktretens um eine Klassenstufe möglich sein.

Ein weiteres Problem stellen die Aufstiegs-/Versetzungsregeln an Gymnasien insgesamt dar^[1]. Um zielführend zu erklären, warum eine Änderung notwendig ist, muss zunächst der aktuelle Sachstand erläutert werden: Am Ende von Klasse 6 und 10 darf höchstens eine 5 vorliegen, die mit einer mindestens befriedigenden Leistung ausgeglichen werden muss, wobei die Fächer Mathematik, Deutsch und Englisch einen Durchschnitt von 4,0 vorweisen müssen. Am Ende von Klasse 5 steigt jeder auf, wobei dies aufgrund der Funktion der Orientierungsstufe auch zu rechtfertigen ist. Das Problem sind die Aufstiegsregeln am Ende von Klasse 7, 8 und 9. Hier findet ein Wiederholen nur in einem von zwei Fällen statt.

1. Mathematik, Deutsch und Englisch haben einen Durchschnitt von 4,0 → Wiederholen der Klassenstufe, wenn mindestens zwei 6en oder mehr als dreimal 5/6 vorliegen.
2. Mathematik, Deutsch und Englisch kein Durchschnitt von 4,0 → Wiederholen der Klassenstufe, wenn mindestens eine 6 oder mindestens zwei 5en vorliegen.

Durch diese Regeln steigen Schüler mit mehreren Fünfen und Sechsen, teilweise sogar in den Kernfächern, auf. Aufgrund dieser Regeln eine Klassenstufe zu wiederholen, findet sehr selten statt. Dies hat häufig ein sogenanntes „Weiterschieben“ zur Folge. Die Kinder haben in gewissen Fächern ausgeprägte Lücken und fahren in ihrer Schullaufbahn fort; häufig sorgen derart große Lücken dafür, dass neue Inhalte nicht verstanden werden, weil die Grundlagen hierfür fehlen. Hierdurch werden die Probleme nicht nur nicht gelöst, sondern häufig in die Zukunft verschoben und zunehmend verschärft. Die größte Spätfolge tritt aktuell in Klasse 10 auf. Hier gelten aktuell wieder die strengeren Versetzungsregeln. Die Schüler, die zuvor seit Klasse 7 immer „weitergeschoben“ wurden, trotz mehrerer 5en, sehen sich nun mit der Situation konfrontiert, dass für eine Versetzung in Klasse 11 nur eine 5 im Zeugnis erteilt werden darf. Dies stellt die Schüler vor gewaltige Probleme, weil sie in den vorherigen Klassenstufen die nötigen Kompetenzen nicht erworben haben; diese Schüler müssten teilweise in Klasse 7 oder 8 ansetzen, um die Lücken schließen zu können und die 10. Klasse erfolgreich abzuschließen. Ein häufiges Ergebnis ist, dass diese Schüler in der zehnten Klasse nun scheitern und somit keinen MSA erwerben.

Ein hiermit zusammenhängendes Problem resultiert daraus, dass ein „Weiterschieben“ von Schülern, die für das Gymnasium nicht geeignet sind, häufig dazu führt, dass diese eigentlich überforderten Schüler nicht rechtzeitig auf eine Gemeinschaftsschule schrägversetzt werden und

80 somit nicht optimal gefördert werden können. Diese Probleme ließen sich effektiv bekämpfen,
81 wenn es einheitliche Versetzungsregeln/Aufstiegsregeln für alle Klassenstufen am Ende von
82 Klasse 6 – 10 gäbe.

83
84 An Gemeinschaftsschulen ist das Problem leichter zu beschreiben, wenngleich es hier noch
85 ausgeprägter ist, weil dort eine direkte Wiederholung einer Klassenstufe am Ende von Klasse 7
86 und 8 überhaupt nicht beschlossen werden kann. Auch hier zeigt sich dadurch das Problem, dass
87 Schüler weitläufige Lücken aufbauen. Aus diesem Grund ist auch an dieser Schulform eine
88 Reform nötig. Auch hier bietet sich als Lösung an, dass für eine Versetzung höchstens eine 5
89 vorliegen darf.

90
91 Statt einer Wiederholung wird in den aktuellen Regelungen häufig auf eine sogenannte
92 „Versetzung auf Probe“ zurückgegriffen. Hierbei steigt der Schüler unter Vorbehalt in die folgende
93 Klassenstufe auf, bleibt das Halbjahreszeugnis jedoch zu schlecht, muss der Schüler zum
94 Schulhalbjahr in die vorherige Jahrgangsstufe zurücktreten. Dieses System hat Probleme an
95 vielen Stellen. Zunächst ist eine Wiederholung mitten im laufenden Schuljahr grundsätzlich
96 ungünstig, weil Schüler häufig Schwierigkeiten haben, sich während des laufenden Schuljahres
97 in eine neue Klasse zu integrieren. Auch hat die Versetzung auf Probe das systematische Problem,
98 dass im Falle der Wiederholung das erste Halbjahr bereits vergangen ist, wodurch Lücken, die in
99 den Fächern zu dem Vorbehalt geführt haben und im ersten Halbjahr lagen, durch die
100 Wiederholung nicht effektiv adressiert werden können. Nicht zuletzt bewirkt eine Versetzung auf
101 Probe für den einzelnen Schüler häufig einen Zwischenzustand zwischen dem erfolgreichen
102 Bestehen der Klassenstufe und dem Wiederholen, der eine hohe Ungewissheit auslösen kann. Die
103 Versetzung auf Probe kann im Einzelfall eine sehr sinnvolle Maßnahme sein, wenn das
104 Klassenkollegium davon ausgeht, dass die Probleme vorübergehender Natur sind. Die Versetzung
105 auf Probe ist in vielen Fällen jedoch das falsche Instrument, insbesondere dann, wenn die
106 Leistungen über einen langen Zeitraum schwach waren. Aus diesen Gründen sollte die
107 Versetzung auf Probe auf die Fälle beschränkt werden, in denen sie wirklich zielführend ist.

108
109 Das Prinzip des „Ausgleichens“ von Noten – zum Beispiel wird eine 5 durch eine 3 ausgeglichen
110 – beruht darauf, dass man davon ausgeht, dass ein Schüler in einem leistungsstarken Fach die
111 Möglichkeit hätte, hier weniger Zeit aufzuwenden, um die dadurch freiwerdenden Kapazitäten auf
112 ein defizitäres Fach zu richten. Eine 3 stellt jedoch eine befriedigende Leistung dar, die den
113 Sollzustand beschreibt, da eine 4 bereits Mängel bedeuten würde. Somit ist eine 3 als Ausgleich
114 ungeeignet, weil eine Verschlechterung zu einer Note führen würde, die bereits Mängel anzeigt.
115 In diesem Sinne sollte eingeführt werden, dass eine 5 lediglich mit einer 1 oder 2 ausgeglichen
116 werden kann, da diese Noten ausdrücken, dass die Leistung stark genug ist, dass hier ein
117 geringerer Energieeinsatz verkraftbar wäre.

118 [\[1\]https://www.schulrecht-sh.com/download/nachrichtenblatt/nbl_09_24.pdf](https://www.schulrecht-sh.com/download/nachrichtenblatt/nbl_09_24.pdf)

Antrag Nr. 2: Grundschulübergang

Antragssteller: Junge Union Schleswig-Holstein

Der Landesparteitag der CDU Schleswig-Holstein fordert:

- Für den Übertritt von der Grundschule ans Gymnasium in den Kernfächern Mathematik und Deutsch jeweils mindestens befriedigende Leistungen (3) Endjahreszeugnis der 3. Klasse und im Halbjahreszeugnis der 4. Klasse voraussetzen. Der Durchschnitt wird hier genommen.

Begründung:

Aktuell gilt in Schleswig-Holstein im Gegensatz zu einigen anderen Bundesländern das freie Elternwahlrecht, sodass es eine unverbindliche Grundschulempfehlung für die weiterführende Schule gibt; die Eltern können sich also entscheiden, der Empfehlung zu folgen oder sie zu ignorieren. Falls Eltern ihr Kind entgegen der Empfehlung am Gymnasium anmelden, muss ein verpflichtendes Beratungsgespräch geführt werden, wenngleich auch die in diesem Beratungsgespräch geäußerten Empfehlungen/Bedenken von den Eltern ignoriert werden können.

Zahlreiche Eltern, deren Kinder eine Grundschulempfehlung für die Gemeinschaftsschule erhalten, neigen dazu, ihr Kind dennoch für die 5. Klasse am Gymnasium anzumelden, obwohl in den Kernfächern Mathematik und Deutsch oft keine befriedigenden Leistungen vorliegen. Häufig erfolgt dieser Schritt seitens der Eltern trotz des Wissens um fachliche und (selbst-)organisatorische Defizite bei ihren Kindern und trotz der Bedenken, die im Beratungsgespräch seitens der Orientierungsstufenleitungen geäußert worden sind. Darunter gibt es Eltern, die billigend in Kauf nehmen, dass ihre dann offensichtlich überforderten Kinder in manchen Fällen (unter anderem durch gehäufte Misserfolge) auffällige Schul- und Versagensängste entwickeln und sich teilweise auch größere Fehlzeiten ansammeln. Das wiederum kann Auswirkungen auf die psychosomatische Verfassung der betroffenen Kinder haben (Stichwort: Kindeswohl). Häufig quälen sich die Kinder regelrecht durch die Unterstufe und werden am Ende der 6. Klasse an eine Gemeinschaftsschule schrägversetzt, wobei dies häufig bereits am Ende der Grundschule absehbar war. Um den Kindern diese Versagenerfahrung zu ersparen, sollte Kindern mit Grundschulnoten, die ein erfolgreiches Mitarbeiten am Gymnasium als unwahrscheinlich erscheinen lassen, die Anmeldung am Gymnasium verwehrt werden.

Neben den Erwägungen zum Kindeswohl gibt es noch weitere Komponenten, die für eine Begrenzung des Gymnasialzugangs sprechen. Um am Gymnasium zurechtzukommen, müssen die Kinder wenigstens in einem befriedigenden Maße über die in der Grundschule vermittelten

...

40 Grundfertigkeiten verfügen. Ansonsten kann das Kind am Gymnasium gegebenenfalls nicht
41 optimal gefördert werden und es wären an einer Gemeinschaftsschule höhere Lernzuwächse zu
42 erwarten. Außerdem kann bei einer zu hohen Quote an leistungsschwachen Kindern in einer
43 Klasse eine gymnasiale Arbeitsweise nur bedingt stattfinden, wodurch das Schulniveau an den
44 Gymnasien absinken würde. Nicht zuletzt sollte die professionelle Einschätzung der
45 Grundschullehrer nach einer vierjährigen Erfahrung mit den Kindern nicht ignoriert, sondern
46 angemessen gewürdigt und berücksichtigt werden. Zugleich besteht bei Kindern, die sich an der
47 Gemeinschaftsschule als unterfordert erweisen, die Möglichkeit, nach der sechsten Klasse (im
48 Einzelfall auch früher) ans Gymnasium zu wechseln.

Antrag Nr. 3: Förderung und Erhalt der plattdeutschen Sprache in Schleswig-Holstein

Antragsteller: CDU-Kreisverband Segeberg

Der CDU-Landesparteitag möge beschließen:

Die CDU Schleswig-Holstein setzt sich dafür ein, dass die plattdeutsche Sprache als wertvoller Teil unseres kulturellen Erbes aktiv gefördert und bewahrt wird.

Hierzu soll die Landesregierung, insbesondere das Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur, gemeinsam mit kulturellen Einrichtungen – insbesondere den Volkshochschulen – geeignete Maßnahmen ergreifen, um die plattdeutsche Sprache im Alltag zu stärken und an nachfolgende Generationen weiterzugeben.

Konkret soll geprüft und angestrebt werden:

- dass an allen Grundschulen in Schleswig-Holstein mindestens einmal pro Woche in einem Jahrgang Unterrichtsangebote zur plattdeutschen Sprache und Kultur stattfinden,
- dass Lehrkräfte entsprechend fortgebildet und unterstützt werden,
- dass Kooperationen mit Vereinen, Heimatverbänden und Initiativen zur Pflege des Plattdeutschen intensiviert werden.
- dass Plattdeutsch als Amtssprache stärker als bisher zur Geltung kommt.

Ziel ist es, dass möglichst viele Schülerinnen und Schüler am Ende der Grundschulzeit die plattdeutsche Sprache verstehen und sich in einfacher Form unterhalten können.

Begründung:

Die plattdeutsche Sprache ist ein wichtiger Bestandteil der kulturellen Identität und Geschichte Schleswig-Holsteins. Sie prägt unsere regionale Vielfalt und stärkt das Heimatbewusstsein.

Leider beherrschen viele junge Menschen heute die plattdeutsche Sprache kaum noch – sie können sie weder verstehen noch sprechen. Wenn wir diesen Trend nicht aufhalten, droht ein wertvolles Stück unserer kulturellen Vielfalt verloren zu gehen.

Die CDU Schleswig-Holstein steht für die Bewahrung und Weitergabe unserer kulturellen Wurzeln. Durch gezielte Bildungs- und Kulturangebote kann Plattdeutsch lebendig bleiben – in Schulen, Vereinen und im Alltag. Die frühzeitige Begegnung mit der Sprache in der Grundschule leistet dabei einen wichtigen Beitrag.

...

39 Der Erhalt der plattdeutschen Sprache ist eine Zukunftsaufgabe, die wir gemeinsam anpacken
40 müssen – zum Wohle unserer Heimat und ihrer kulturellen Vielfalt.

Antrag Nr. 4: Ein Fachgespräch der CDU Schleswig-Holstein zur Weiterentwicklung des Denkmalschutzrechts

Antragsteller: CDU-Kreisverband Lübeck und CDU-Kreisverband Segeberg

Der CDU-Landesparteitag möge beschließen:

Die CDU Schleswig-Holstein veranstaltet ein Fachgespräch zur Weiterentwicklung des Denkmalschutzrechts in Schleswig-Holstein, an dem Fachleute aus Denkmalpflege, Baupraxis, Kommunen, Eigentümerverbänden, Wissenschaft sowie CDU-Landtagsfraktion und Verwaltung teilnehmen.

Ziel des Fachgesprächs ist die Erarbeitung konkreter Handlungsempfehlungen für eine Weiterentwicklung des Denkmalschutzgesetzes Schleswig-Holsteins, die in der kommenden Legislaturperiode umgesetzt werden sollen. Im Mittelpunkt sollen folgende Themenfelder stehen:

- **Kooperation statt Konfrontation:**

Rechte und Pflichten von Denkmaleigentümerinnen und -eigentümern sollen verstärkt durch öffentlich-rechtliche Verträge geregelt werden, um partnerschaftliche Zusammenarbeit und Akzeptanz zu fördern.

- **Abwägung mit anderen Rechtsbereichen:**

Ziel ist die Harmonisierung des Denkmalschutzrechts mit Brandschutz-, Energie- und Klimaschutzanforderungen, um praxisnahe Lösungen zu ermöglichen.

- **Steuerliche und finanzielle Förderung:**

Die CDU Schleswig-Holstein setzt sich auf Bundesebene für verbesserte steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten ein und prüft die Einführung eines Zinsverbilligungsprogramms über die IB.SH zur Unterstützung von Eigentümerinnen und Eigentümern denkmalgeschützter Gebäude.

- **Nutzung von Ausgleichszahlungen:**

Ersatzgelder nach § 15 Abs. 6 BNatSchG sollen künftig auch für Maßnahmen in historischen Parkanlagen, Alleen und Kulturlandschaften verwendet werden dürfen, sofern ein ökologischer Nutzen nachgewiesen ist.

...

40 • **Stärkung des Landesamtes für Denkmalpflege:**

41 Das Landesamt soll so gestärkt werden, dass innerhalb von zehn Jahren eine vollständige,
42 digital zugängliche Denkmalliste für Schleswig-Holstein vorliegt und die Kommunikation
43 mit Eigentümerinnen und Eigentümern verbessert wird.

44
45 • **Stärkung der strafrechtlichen Ahndung:**

46 Die vorsätzliche Zerstörung von Denkmalen soll künftig als Straftat verfolgt werden
47 können; erzielte Vermögensvorteile sind einzuziehen.

48
49 Die Ergebnisse des Fachgesprächs sollen zudem in das Landtagswahlprogramm 2027 einfließen
50 und Grundlage zur Weiterentwicklung des Denkmalschutzrechts in Schleswig-Holstein bilden.

51
52 **Begründung:**

53 Der Erhalt unserer kulturellen Identität ist eine zentrale Aufgabe des Landes. Historische
54 Bauwerke und Ensembles prägen unsere Heimat, sind Zeugnisse der Landesgeschichte und
55 stiften Identität für kommende Generationen. Das bestehende Denkmalschutzgesetz ist jedoch
56 vielfach zu bürokratisch, praxisfern und überdehnt. Eigentümerinnen und Eigentümer fühlen
57 sich häufig als Gegner statt als Partner behandelt. Ein moderner Denkmalschutz muss die
58 historischen Werte bewahren, ohne private Verantwortung zu ersticken.

59
60 Ein partnerschaftlicher Denkmalschutz stärkt die Akzeptanz, richtet Ressourcen gezielter auf
61 bedeutende Kulturdenkmale und verbindet Kultur-, Umwelt- und Heimatpflege miteinander. Das
62 geplante CDU-Fachgespräch ist der erste Schritt zu einer praxisnahen und modernen
63 Weiterentwicklung des Denkmalschutzrechts in Schleswig-Holstein.

Antrag Nr. 5: Jüdisches Leben erlebbar machen

Antragsteller: CDU-Kreisverband Segeberg

Der CDU-Landesparteitag möge beschließen:

1. Einführung eines jährlichen Aktionstages:

Der Landtag soll einen jährlichen Aktionstag ins Leben rufen, um das jüdische Leben und die Kultur in unserem Land für Schülerinnen und Schüler erlebbar zu machen und den Austausch zwischen jüdischen und nicht-jüdischen Menschen zu fördern. Vorbild dazu soll die Initiative des Hessischen Landtages „Jüdisches Leben heute“ sein. Die Landtagspräsidentin wird gebeten, hierfür die Schirmherrschaft zu übernehmen.

Die Veranstaltung kann sowohl dezentral analog zum Europatag abgehalten werden oder im Landtag selbst stattfinden.

2. Kooperation mit bestehenden Initiativen:

Der Aktionstag soll in Zusammenarbeit mit der Initiative „Meet a Jew“ gestaltet werden. Ziel ist es, durch direkte Begegnungen mit jüdischen Menschen Vorurteile abzubauen und das gegenseitige Verständnis zu stärken.

Begründung:

Angesichts der zunehmenden antisemitischen Äußerungen und Angriffe auf jüdische Menschen liegt es uns besonders am Herzen, einen Raum für Begegnungen zwischen jungen Menschen und jüdischen Personen zu schaffen. Ein respektvoller und interessierter Austausch ist essenziell für das friedliche Zusammenleben.

Als CDU schätzen wir es sehr, dass nach der nationalsozialistischen Vergangenheit und trotz der Shoah wieder jüdisches Leben und Kultur in unserem Land existieren. Diese Vielfalt bereichert unsere Gesellschaft und ist angesichts unserer Geschichte ein besonderes Zeichen des Vertrauens in unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat. Diesem Vertrauen wollen wir gerecht werden, und es soll uns stets zur Verpflichtung werden. Den Antisemitismus zu bekämpfen ist eine Aufgabe, der sich die gesamte Gesellschaft stellen muss und die keine alleinige Verantwortung des Staates oder der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland sein kann.

Um ganz konkret gegen Vorurteile und Antisemitismus vorzugehen, soll dieser Aktionstag ins Leben gerufen werden. Als Vorbild dient der jährliche Aktionstag des Hessischen Landtages „Jüdisches Leben heute“. Dieser soll unter Berücksichtigung der Initiative „Meet a Jew“ ausgestaltet werden. Diese zielt darauf ab, das heutige jüdische Leben in Deutschland durch direkte Begegnungen mit jüdischen Menschen erlebbar zu machen. Solche persönlichen Treffen

...

40 sind aus unserer Sicht unerlässlich. Wer einmal direkt mit Jüdinnen und Juden in Kontakt
41 gekommen ist, entwickelt ein besseres Verständnis und ist weniger anfällig für Klischees und
42 Vorurteile. Dabei wird deutlich, dass es viele Themen gibt, über die wir miteinander sprechen
43 können, die über Antisemitismus, die Shoah oder den Nahostkonflikt hinausgehen.

44
45 „Meet a Jew“ entstand 2020 aus der Vereinigung der erfolgreichen Projekte „Rent a Jew“ und
46 „Likrat – Jugend & Dialog“. Deutschlandweit hat das Projekt bereits über 3.000 Begegnungen mit
47 über 77.000 Menschen ermöglicht. Schon mehr als 550 jüdische Ehrenamtliche sind hierfür
48 aktiv. Bereits im Gründungsjahr 2020 wurde „Meet a Jew“ mit dem Deutschen Engagementpreis
49 in der Kategorie „Demokratie stärken“ ausgezeichnet. Da diese Aktion durch Bundesmittel
50 finanziert wird, müssen keine Haushaltsmittel des Landes zur Verfügung gestellt werden.

Themenbereich B:

Finanzen

Antrag Nr. 6: Zukunft sichern – Generationengerechte Rente ganzheitlich denken! – Ein Rentenkongress für Schleswig-Holstein

Antragsteller: CDU-Kreisverband Segeberg

Der CDU-Landesparteitag möge beschließen:

Die CDU Schleswig-Holstein wird aufgefordert, im Jahr 2026 einen Rentenkongress, an dem Fachleute aus Wissenschaft, Wirtschaft und Sozialverbänden teilnehmen, zu veranstalten.

Ziel des Rentenkongresses ist die Erarbeitung von konkreten Handlungsempfehlungen für eine generationengerechte und nachhaltige Rentenreform in Deutschland.

Der Rentenkongress soll insbesondere folgende Themenkomplexe behandeln:

- die Kopplung des Renteneintrittsalters an die durchschnittliche Lebenserwartung sowie die Berücksichtigung der Lebensarbeitszeit mit einem flexiblen Renteneintritt,
- den Abbau ungerechter Frühverrentungsanreize,
- die Stärkung kapitalgedeckter Vorsorgeinstrumente,
- Maßnahmen zur Verbesserung der finanziellen Bildung im Bereich der privaten Altersvorsorge.

Die Ergebnisse des Rentenkongresses sollen in eine Beschlussvorlage für den CDU-Landesparteitag und den CDU-Bundesparteitag einfließen, um damit das CDU-Profil in der Rentenpolitik im Sinne der Generationengerechtigkeit schärfen.

Begründung:

Die demografische Entwicklung stellt das Umlagesystem der gesetzlichen Rentenversicherung vor strukturelle Überforderungen. Die Zahl der Erwerbstätigen sinkt, während die Zahl der Rentenempfänger steigt. Schon heute fließen über 100 Milliarden Euro jährlich aus dem Bundeshaushalt in die Rentenkasse. Ohne Reformen droht die Rente zu einer massiven Belastung kommender Generationen zu werden. Als CDU müssen wir Mut zeigen, diese Herausforderung offen und generationengerecht zu diskutieren.

Ein modernes Rentensystem muss Verlässlichkeit schaffen, ohne die junge Generation zu überfordern. Dazu gehört, die Lebenserwartung und Lebensarbeitszeit in einen gerechten Zusammenhang zu bringen und das Renteneintrittsalter perspektivisch dynamisch zu gestalten.

...

39 Gleichzeitig müssen private und betriebliche Vorsorge gestärkt sowie finanzielle Bildung und
40 Eigenverantwortung gefördert werden.

41

42 Wie bereits bei anderen Themen soll die CDU Schleswig-Holstein Impulsgeberin für eine
43 generationengerechte Rentenpolitik werden. Der Rentenkongress bringt Politik, Wissenschaft
44 und Gesellschaft an einen Tisch, um tragfähige Vorschläge für einen neuen Generationenvertrag
45 zu entwickeln, der Verlässlichkeit, Verantwortung und Fairness miteinander verbindet.

Antrag Nr. 7: Bürokratieabbau: Harmonisierung des modularen Einkommens- und Vermögensbegriff muss endlich kommen!

Antragsteller: KPV Schleswig-Holstein

Der CDU-Landesparteitag möge beschließen:

Der Bund wird aufgefordert, endlich die Harmonisierung und Modularisierung des Einkommens- und des Vermögensbegriffs umzusetzen, um die Daten besser digital für Behörden nutzbar zu machen und dadurch Bürokratie abzubauen. Ziel der Harmonisierung des Einkommens- und Vermögensbegriffs ist es, dass Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen nur einmalig ihre Angaben und Nachweise an eine Behörde übermitteln müssen und somit von weiteren Informationsanforderungen anderer Behörden entlastet werden. Behörden sollen über ein Register auf diese Daten digital zurückgreifen können. So soll auf beiden Seiten Bürokratie abgebaut werden.

Begründung:

Die Kommunen, vor allem die Kreise und kreisfreien Städte, setzen die Sozialgesetzgebung in der Praxis um. Dabei ist die unterschiedliche Art der Einkommensermittlung der unterschiedlichen Sozialleistungen ein Bürokratietreiber. Durch die Umsetzung dieses Antrages soll auf beiden Seiten Bürokratie abgebaut werden.

Themenbereich C:

Gesundheit

Antrag Nr. 8: Finanzielle Unterstützung für kommunale Medizinische Versorgungszentren (MVZ) zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum

Antragsteller: CDU-Ortsverband Erfde

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die CDU Schleswig-Holstein fordert die Landesregierung auf, ein dauerhaftes und verlässliches Förderprogramm zur Unterstützung kommunaler Medizinischer Versorgungszentren (MVZ) aufzulegen. Das Land soll die Kommunen, die im Rahmen der Daseinsvorsorge die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung übernommen haben, finanziell entlasten und systembedingte jährliche Defizite ausgleichen.

Begründung:

Die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum steht in Schleswig-Holstein zunehmend unter Druck. Immer mehr Hausärztinnen und Hausärzte gehen in den Ruhestand, während sich gleichzeitig zu wenige junge Medizinerinnen und Mediziner für eine eigene Praxis im ländlichen Bereich als selbständiger Arzt oder Ärztin entscheiden.

Um die medizinische Grundversorgung vor Ort zu sichern, haben in den vergangenen Jahren zahlreiche Gemeinden in Schleswig-Holstein, (wie z. B. Silberstedt, Bad Bramstedt, Wahlstedt, Pellworm, Helgoland, Erfde, Büsum, Lunden, Brunsbüttel) kommunale Medizinische Versorgungszentren (MVZ) gegründet oder übernommen. Diese Einrichtungen sind Ausdruck eines starken kommunalen Engagements und sichern die Daseinsvorsorge dort, wo der Markt versagt hat.

Allerdings sind diese kommunalen MVZ strukturell defizitär und erwirtschaften aktuell jährliche Defizite von ca. 300.000-600.000 Euro. Das Vergütungssystem der gesetzlichen Krankenversicherung ist auf privatwirtschaftlich geführte Praxen zugeschnitten und deckt die tatsächlichen Kosten kommunaler Träger – etwa für tarifgebundenes Personal, Verwaltung, Mietkosten, Sozialversicherungsbeiträge für angestellte Ärzte und Vorhaltekosten – nicht vollständig ab.

Die Folge sind jährliche o. g., systembedingte Defizite, die von den Kommunen aus eigenen Haushaltsmitteln getragen werden müssen. Damit bleibt die Verantwortung für eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe – die Sicherstellung der medizinischen Grundversorgung – bislang allein bei den betroffenen Gemeinden hängen.

Das ist auf Dauer nicht leistbar und auch nicht gerecht. Die Kommunen übernehmen hier freiwillig Aufgaben, die eigentlich in die Verantwortung des Bundes, des Landes und der Kassenärztlichen

...

39 Vereinigung fallen. Es ist daher folgerichtig, dass das Land im Rahmen seiner Verantwortung für die
40 Daseinsvorsorge finanzielle Unterstützung für kommunale MVZs bereitstellt.

41
42 Ein entsprechendes Förderprogramm – etwa in Form pauschaler Zuschüsse oder eines Defizitausgleichs
43 – wäre ein wichtiger Beitrag zur Stärkung des ländlichen Raums, zur Sicherung der ärztlichen
44 Versorgung und zur Entlastung der kommunalen Haushalte.

45
46 Der CDU-Ortsverband Erfde fordert die CDU Schleswig-Holstein daher auf, sich auf Landesebene für eine
47 tragfähige Lösung dieses wichtigen Themas einzusetzen und damit ein deutliches Signal für
48 gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land zu setzen.

Antrag Nr. 9: Hausärztliche Versorgung

Antragsteller: CDU-Kreisverband Nordfriesland

Der CDU-Landesparteitag möge beschließen:

Die CDU Schleswig-Holstein fordert:

- die Aufnahme des Hausärztlichen Notdienstes in §23c des SGB IV,
- die Schließung von Regelungslücken bei der Delegation ärztlicher Tätigkeiten und die Schaffung von Rechtssicherheit,
- den Masterplan Medizinstudium 2020 zur Umsetzung zu bringen und dabei die beiden Lehrstühle für Allgemeinmedizin in Kiel und Lübeck weiterhin in ihrer Arbeit zu unterstützen,
- die Einführung einer Landarztquote in Schleswig-Holstein, wie sie bereits in vielen anderen Bundesländern umgesetzt wurde und erfolgreich praktiziert wird, auf den Weg zu bringen.

Begründung:

Die hausärztliche Versorgung bildet das Rückgrat unseres Gesundheitssystems – besonders im ländlichen Raum. Angesichts des sich bereits jetzt abzeichnenden Hausärztemangels, der sich in den kommenden Jahren noch erheblich verstärken wird, und der demografischen Entwicklung ist es dringend notwendig, auf Landes- und Bundesebene konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um die flächendeckende, qualitativ hochwertige Versorgung langfristig zu sichern. Insbesondere auf den nordfriesischen Inseln und Halligen stellt sich die Lage noch einmal besonders und anders dar, wie die 44. Mitgliederversammlung der Insel- und Halligkonferenz bereits im Jahr 2019 feststellte.

Der hausärztliche Notdienst ist eine unverzichtbare Säule der ambulanten Versorgung außerhalb regulärer Sprechzeiten. Dennoch ist er bislang nicht in §23c SGB IV berücksichtigt. Stattdessen hat das Urteil des Bundessozialgerichtes zur Sozialversicherungspflicht für den ärztlichen Notdienst die Lage noch zusätzlich verschärft, indem eine Übernahme von Notdiensten durch Ärzte in Rente oder in Krankenhäusern angestellten Ärzten nicht mehr attraktiv ist. Eine Aufnahme des Notdienstes in §23c SGB IV würde die Attraktivität dieser Tätigkeit wieder steigern und die Belastung der Hausärzte außerhalb der regulären Sprechzeiten senken.

Auch die effektive Nutzung von delegierbaren ärztlichen Leistungen an qualifiziertes nicht-ärztliches Personal kann Ärztinnen und Ärzte entlasten und Versorgungsprozesse effizienter gestalten. Derzeit bestehen jedoch Unsicherheiten hinsichtlich der rechtlichen

...

38 Rahmenbedingungen. Eine bundesweite Klärung und Rechtssicherheit sind erforderlich, um
39 bestehende Ressourcen sinnvoll und verantwortungsvoll zu nutzen. Die Delegationen, die im
40 Rahmen des Gesetzentwurfes zur Befugnisserweiterung und Entbürokratisierung in der Pflege
41 vom 6. August 2025 vorgesehen sind, sind hierzu ein erster richtiger Schritt.

42
43 Der Masterplan Medizinstudium 2020 enthält wichtige Reformen zur Stärkung der
44 Allgemeinmedizin in der Ausbildung. Seine konsequente Umsetzung durch eine neue
45 Approbationsordnung sowie die gezielte Unterstützung der beiden schleswig-holsteinischen
46 Lehrstühle für Allgemeinmedizin in Kiel und Lübeck sind entscheidend, um mehr junge
47 Menschen für den Beruf der Hausärztin oder des Hausarztes zu gewinnen und die Qualität der
48 Ausbildung zu verbessern.

49
50 In vielen Bundesländern hat sich zudem die Landarztquote als wirksames Instrument erwiesen,
51 um langfristig eine hausärztliche Versorgung im ländlichen Raum sicherzustellen. Dabei
52 verpflichten sich Medizinstudentinnen und -studenten für eine spätere Tätigkeit im ländlichen
53 Raum. Hierfür erhalten sie die Zulassung zum Medizinstudium, etwas, woran sie ansonsten
54 aufgrund des hohen Numerus Clausus womöglich gescheitert wären. Eine solche Landarztquote
55 existiert bisher nicht in Schleswig-Holstein.

56
57 Eine zügige Einführung dieser Quote ist jedoch notwendig, um dem drohenden
58 Versorgungsengpass im Land aktiv entgegenzuwirken. 11 von 13 Flächenbundesländern haben
59 bereits eine Landarztquote eingeführt. Das in Schleswig-Holstein angebotene
60 Stipendienprogramm erfreut sich nach Angaben des Instituts für Ärztliche Qualität in Schleswig-
61 Holstein (IÄQSH) nur begrenzter Beliebtheit, die Zahl der Stipendien wird regelmäßig nicht
62 ausgeschöpft und stellt daher kein geeignetes Mittel dar.

63
64 Mithilfe dieser vier Forderungen und Maßnahmen können sowohl bereits praktizierende
65 Hausärzte in Schleswig-Holstein entlastet und in ihrer Arbeit gestärkt werden als auch die
66 Attraktivität und die Ausbildung des Berufes verbessert werden. Dies ist dringend erforderlich,
67 um dem drohenden Hausärztemangel in Schleswig-Holstein zu begegnen. Gerade vor dem
68 Hintergrund der geführten Diskussionen um die bundesweite Einführung eines sogenannten
69 Primärarztsystems, welches aufgrund der Patientenlenkung und der damit einhergehenden
70 Entlastung der Fachärzte grundsätzlich zu befürworten ist, ist eine Stärkung der Stellung der
71 Hausärzte unerlässlich.

Antrag Nr. 10: Für strengere Regelungen bei ästhetisch-plastischen Eingriffen und mehr Jugendschutz in der Schönheitschirurgie

Antragsteller: LFA Familie, Gesellschaft und Soziales

Der CDU-Landesparteitag möge beschließen:

Die CDU Schleswig-Holstein setzt sich auf Bundesebene dafür ein, dass

1. ästhetisch-plastische Eingriffe (Schönheitsbehandlungen und -operationen ohne medizinische Notwendigkeit) künftig ausschließlich von Fachärztinnen und Fachärzten für Plastische, Rekonstruktive und Ästhetische Chirurgie oder Ärztinnen und Ärzten mit gleichwertiger EU-Qualifikation durchgeführt werden dürfen;

2. ein bundesweites öffentliches Register für qualifizierte Fachärztinnen und Fachärzte geschaffen wird, das Patientinnen und Patienten transparente Informationen über Qualifikationen und Zulassungen bietet;

3. fachfremden Ärztinnen und Ärzten (z. B. Kardiologen, Dermatologen, Gynäkologen) die Durchführung und Bewerbung ästhetisch-chirurgischer Eingriffe untersagt wird, sofern keine spezifische Zusatzqualifikation nachgewiesen werden kann;

4. Werbung für ästhetische Eingriffe, die nicht medizinisch indiziert sind, in sozialen Medien und gegenüber Minderjährigen verboten oder stark eingeschränkt wird;

5. Social-Media-Plattformen verpflichtet werden, entsprechende Inhalte zu kennzeichnen und unzulässige Werbung zu löschen;

6. Aufklärungspflichten vor ästhetischen Eingriffen gesetzlich verschärft werden, insbesondere durch standardisierte Informationsblätter über Risiken, mögliche Komplikationen und die Qualifikation des behandelnden Arztes;

7. Bußgelder und Sanktionen bei Verstößen gegen Werbe- und Qualifikationsregelungen deutlich erhöht werden.

...

37 **Begründung:**

38 Die Zahl ästhetisch-chirurgischer Eingriffe in Deutschland steigt seit Jahren deutlich an –
39 insbesondere bei jungen Menschen. Parallel dazu nimmt der Einfluss sozialer Medien auf das
40 Körperbild, die Selbstwahrnehmung und den Wunsch nach äußerlicher „Optimierung“ stark zu.

41
42 Laut Biermann Medizin geben 27,3 % der unter 30-Jährigen an, Social Media habe ihren Wunsch
43 nach einer optischen Veränderung verstärkt – Tendenz steigend. Plattformen wie Instagram oder
44 TikTok präsentieren Schönheitsoperationen oftmals in Form kurzer, verharmlosender Videos, die
45 den Eindruck vermitteln, solche Eingriffe seien harmlos und vergleichbar mit einem
46 Friseurbesuch. Beispiele wie der sogenannte „Brazilian Butt Lift“ (BBL), bei dem in Deutschland
47 mehrfach Todesfälle auftraten – unter anderem bei Eingriffen durch nicht-fachärztlich
48 qualifizierte Ärzte – zeigen, dass unzureichende Ausbildung gravierende Folgen haben kann.

49
50 In Deutschland darf bislang jeder approbierte Arzt unabhängig von seiner Fachrichtung
51 Schönheitsoperationen durchführen. Diese Situation ist im europäischen Vergleich
52 unzureichend geregelt und birgt erhebliche Risiken für Patientinnen und Patienten.

53
54 Internationale Beispiele:

- 55 • Dänemark: Nur Fachärzte für Plastische Chirurgie dürfen ästhetische Eingriffe
56 durchführen. Kliniken unterliegen einer staatlichen Zulassung und Kontrolle. Werbung
57 mit „Vorher-Nachher“-Bildern ist untersagt.
- 58 • Spanien: Ärztinnen und Ärzte benötigen eine Spezialisierung in Cirugía Plástica, Estética
59 y Reparadora. Werbung für ästhetische Eingriffe unterliegt nationalen Ethikrichtlinien;
60 Minderjährige dürfen nur aus medizinischen Gründen behandelt werden.
- 61 • Frankreich: Seit 2023 dürfen Influencerinnen und Influencer keine ästhetischen
62 Eingriffe bewerben. Verstöße werden mit bis zu zwei Jahren Haft oder 300.000 €
63 Geldstrafe geahndet. Zudem besteht eine Kennzeichnungspflicht für digital bearbeitete
64 Körperbilder („retouched photo“).
- 65 • Großbritannien: Werbung für ästhetische Eingriffe darf nicht an Minderjährige gerichtet
66 werden (ASA Code 2022). „Vorher-Nachher“-Bilder, Rabattaktionen und manipulative
67 Sprache („Feel beautiful today!“) sind verboten.
- 68 • Norwegen: Seit 2021 besteht eine Kennzeichnungspflicht für bearbeitete oder gefilterte
69 Bilder in Werbung und sozialen Medien, um den Druck durch unrealistische Körperideale
70 zu reduzieren.

71
72 Ziel des Antrags ist es:

- 73 • Medizinische Qualität zu sichern, indem nur qualifizierte Fachärzte ästhetische
74 Operationen durchführen dürfen.
- 75 • Irreführende Werbung zu unterbinden, insbesondere in sozialen Medien.

- 76 • Jugendliche zu schützen, die besonders anfällig für Schönheitsideale und Manipulation
77 durch Influencer sind.
- 78 • Verbrauchertransparenz zu erhöhen durch klare Aufklärung und ein Facharzt-Register.
- 79 • Vertrauen in die Medizin zu stärken und Missbrauch wirtschaftlicher Interessen
80 vorzubeugen.

Themenbereich D:

Inneres, Kommunen, Wohnen und Wahlrecht

Antrag Nr. 11: Abschaffung der Verzugs- oder Zinszuschläge auf nicht verbrauchte Städtebaufördermittel

Antragsteller: CDU-Ortsverband Erfde

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die CDU Schleswig-Holstein fordert die Landesregierung auf, die Erhebung sogenannter Verzugs- oder Zinszuschläge auf nicht fristgerecht abgerufene oder verausgabte Städtebaufördermittel vollständig abzuschaffen und die I-Bank anzuweisen, ab sofort keine Bescheide, auch für die Vergangenheit, mehr an die betroffenen Kommunen zu versenden.

Begründung:

Die Städtebauförderung ist ein zentrales Instrument zur Stärkung, Modernisierung und Attraktivitätssteigerung unserer Städte und ländlichen Zentralorte und stellt eine unverzichtbare Unterstützung für kommunale Investitionen dar.

In Schleswig-Holstein werden auf die nicht innerhalb von 24 Monaten verausgabten Fördermittel erhobenen Zinsen als „Verzugs- oder Zinszuschlag“ bezeichnet. Dabei handelt es sich um eine finanzielle Strafzahlung für die verspätete Verwendung bewilligter Fördermittel. Die konkreten Konditionen und Zinssätze werden in den jeweiligen Bewilligungsbescheiden und Förderrichtlinien der Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB.SH) festgelegt, die für die Abwicklung und Überwachung der Städtebauförderung zuständig ist.

Die Höhe dieser Zuschläge beträgt derzeit 5 % über dem jeweils gültigen Basiszins – und stellt somit eine erhebliche finanzielle Belastung für die Kommunen dar. Faktisch führt dies dazu, dass sich das Land auf Kosten der Städte und ländlichen Zentralorte finanziell bereichert, obwohl die Ursachen für Verzögerungen in der Mittelverwendung häufig nicht im Einflussbereich der Kommunen liegen. Zu den typischen Gründen gehören langwierige Genehmigungsverfahren, Architektenwettbewerbe, Personalengpässe in Verwaltungen und Planungsbüros, Liefer- und Bauverzögerungen, notwendige Umplanungen sowie Kostensteigerungen, die Neuausschreibungen erforderlich machen. Die betroffenen Kommunen handeln in solchen Fällen verantwortungsvoll und gesetzestreu – werden aber durch die bestehende Zinsregelung dennoch finanziell erheblich bestraft.

Diese Praxis widerspricht dem Ziel einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen. Eine Städtebauförderung, die auf Kooperation statt Sanktion setzt, ist der richtige Weg, um Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unserer Städte und ländlichen Zentralorte zu fördern.

40 Der CDU-Ortsverband Erfde fordert daher die vollständige Abschaffung der Verzugs- oder
41 Zinszuschläge im Rahmen der Städtebauförderung in Schleswig-Holstein. Das Land sollte sich
42 seiner Verantwortung als verlässlicher Partner der Kommunen bewusst sein – nicht als deren
43 Gläubiger.

Antrag Nr. 12: Genehmigungs- und Klagefreiheit für Ersatzbauten

Antragsteller: KPV Schleswig-Holstein

Der CDU-Landesparteitag möge beschließen:

1. Das Land wird aufgefordert, eine Änderung der Landesbauordnung Schleswig-Holstein (LBO SH) voranzutreiben, dass für Ersatzbauten (sofern diese in Art, Maß und Nutzung dem bisherigen Bauwerk entspricht) nur noch eine Anzeigepflicht besteht und diese somit genehmigungsfrei sind.
2. Klagen Dritter gegen Ersatzbauten sollen ausgeschlossen werden, sofern der Ersatzbau in Art, Maß und Nutzung dem bisherigen Bauwerk entspricht und keine neuen unzumutbaren Belastungen für Nachbarn entstehen.

Begründung:

Viele Ersatzbauten dienen dazu, bestehende Gebäude, die abgängig, nicht mehr nutzbar oder unwirtschaftlich geworden sind, durch gleichartige Neubauten zu ersetzen. Derartige Maßnahmen sind im Interesse der Eigentümer, aber auch der Allgemeinheit, da sie z. B. Wohnraum, Gewerbe oder kommunale Nutzung sichern und modernisieren, ohne neue Flächen zu beanspruchen. Die derzeitigen Genehmigungsverfahren nach der LBO SH sind zeitintensiv und unterliegen denselben Anfechtungsmöglichkeiten wie Neubauten. Dies führt dazu, dass notwendige Ersatzmaßnahmen erheblich verzögert werden können. Dies gilt im Übrigen auch im kommunalen Bau, wie bei Schulen, Sportstätten oder Kindergärten. Der Ausschluss von Klagen Dritter stellt sicher, dass Ersatzbauten, die das bestehende Maß der baulichen Nutzung nicht überschreiten, nicht durch missbräuchliche Nachbarschaftsklagen verhindert oder verzögert werden. Die Rechte der Nachbarn werden dadurch nicht unzumutbar eingeschränkt, da der Ersatzbau das bisherige Bauvolumen lediglich ersetzt.

...

Antrag Nr. 13: Verbot des Erwerbs von Teleskopschlagstöcken

Antragsteller: CDU-Kreisverband Segeberg

Der CDU-Landesparteitag möge beschließen:

Der CDU-Landesfachausschuss Innenpolitik soll sich mit einem möglichen Verbot des Erwerbs und Besitz von Teleskopschlagstöcken in Deutschland auseinandersetzen. Dabei sollen Ausnahmen von diesem Verbot für die Polizei und staatliche Sicherheitsdienste berücksichtigt werden. Das Waffengesetz soll so angepasst werden, dass Teleskopschlagstöcke klar unter die verbotenen Waffen fallen.

Dazu bedarf es eindeutiger Regelungen bezüglich der Kriterien des Materials, der Größe, der Bauweise sowie der Länge von Teleskopschlagstöcken zu schaffen.

Der Landesfachausschuss soll ferner Möglichkeiten zur Eingrenzung des Onlinehandels mit Teleskopschlagstöcken ausarbeiten und so Empfehlungen für die CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein und die CDU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag zur weiteren parlamentarischen Beschlussfassung geben.

Begründung:

Nach aktueller Rechtslage können in Deutschland Teleskopschlagstöcke von Personen ab 18 Jahren frei erworben und besessen werden. Teleskopschlagstöcke werden ausschließlich zur aktiven Gewaltanwendung benutzt und stellen geeignete Schlagwaffen dar. Sie stellen ein erhebliches Gefährdungspotenzial für die öffentliche Sicherheit dar. Es handelt sich daher nicht um Alltagsgegenstände, deren Verfügbarkeit jeder Privatperson uneingeschränkt zur Verfügung gestellt werden sollte.

Durch die derzeitige Rechtslage befinden sich viele Teleskopschlagstöcke legal im Umlauf. Die Gefahr des Missbrauchs und der Verwendung, gerade in der Öffentlichkeit, wird durch die Rechtslage gesteigert.

Es sollte daher das Ziel verfolgt werden, ein generelles Erwerbsverbot mit klar definierten Ausnahmen auf den Weg zu bringen. Darüber hinaus bedarf es einer gesetzlichen Klarstellung im Waffenrecht, sodass unterschiedliche Gerichte und Behörden die verschiedenen Modelle auch einordnen können und eine einheitliche Rechtsanwendung sichergestellt wird.

...

Antrag Nr. 14: Das höchste kommunale Amt stärken!

„Aufgaben, Verantwortung, Selbstverständnis“

Antragsteller: KPV Schleswig-Holstein

Der CDU-Landesparteitag möge beschließen:

Das Amt der/des Stadtpräsidenten, die/der Bürgervorsteher/innen und der/des Kreispräsident/in soll durch eine Änderung der Gemeinde- und Kreisordnung gestärkt, seine Aufgaben und Pflichten klar definiert und seine Stellung stärker gewürdigt werden. Daher muss eine Änderung der Gemeinde- und Kreisordnung vor allem auf die folgenden Punkte eingehen:

1. Definition von klaren Rechten und Pflichten,
2. Die Stellung in der Kommune, insbesondere in Bezug zum Hauptamt,
3. Amtsausstattung, u. a. Budget und Mitarbeiter.

Begründung:

Erfolgt ggf. mündlich

Antrag Nr. 15: Reform des Bundeswahlrechts

Antragsteller: CDU Schleswig-Flensburg

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesparteitag der CDU Schleswig-Holstein fordert die Landesregierung auf, umgehend den Bundesgesetzgeber aufzufordern, einen Gesetzentwurf zum Bundeswahlrecht vorzulegen, **der sicherstellt, dass alle direkt gewählten Kandidaten/innen einen Sitz im Deutschen Bundestag erhalten.**

Begründung:

Anlässlich der Bundestagswahl am 23. Februar 2025 wurde der Wahlkreis 1 Flensburg-Schleswig von der CDU-Kandidatin Petra Nicolaisen direkt gewonnen. Aufgrund des von der Ampelregierung beschlossenen Wahlrechts zog Petra Nicolaisen trotzdem nicht in den Deutschen Bundestag ein. Weitere 22 (eigentlich direkt gewählten) Kandidaten/innen waren deutschlandweit von dieser Wahlrechtsänderung betroffen.

Die Nicht-Vergabe des Bundestagsmandats trotz gewonnenen Wahlkreises stellt eine Verletzung des Demokratieprinzips dar.

Das neue Wahlrecht sieht eine verbundene Mehrheitsregel vor. Ein Wahlkreismandat erhält, wer im Wahlkreis die meisten Stimmen bekommt und soweit das Mandat von Zweitstimmen gedeckt ist. Gewinnt eine Partei in einem Land mehr Wahlkreise als ihr rechnerisch nach Zweitstimmen zustehen würde, so hat das im bisherigen Wahlrecht zu (ausgleichswürdigen) Überhangmandaten geführt. Jetzt hingegen bleiben die Wahlkreisbewerber mit dem relativ geringsten Erststimmenanteil ohne Mandat, obwohl sie den Wahlkreis gewonnen haben.

Diese Regelung ist rechtsvergleichend singulär.

In Demokratien westlicher Ausprägung wird in Systemen von Verhältnis- oder Mehrheitswahl oder in einer Kombination von beidem gewählt. Es ist jedoch keine Konstellation bekannt, bei welcher der Gewinner eines Wahlkreises ohne Mandat bleibt.

Bereits die Wettbewerbssituation im Wahlkreis selbst ist durch das neue Wahlrecht nicht mehr in einem die Chancengleichheit wahren Umfang gegeben.

Da von der „Kappung“ gewonnener Mandate nur Vertreter solcher Parteien betroffen sein werden, die in dem betroffenen Land der Erfahrung nach Überhangmandate gewinnen können, war die Wettbewerbssituation folgendermaßen beschrieben:

...

41 Gewinnt der Kandidat der CDU, so wird das Mandat möglicherweise nicht vergeben. Gewinnt
42 jedoch der Kandidat von Partei A oder B, die in Umfragen stabil über 5% liegen, so zieht der
43 Bewerber sicher in den Bundestag ein.

44
45 Eine Situation, wie sie in der Staatspraxis der Bundesrepublik seit 1949 geübt wurde, nämlich
46 dass der Wahlkreissieger definitiv ins Parlament einziehe und durch diesen Umstand
47 Chancengleichheit aller Kandidaten im Wahlkreis gegeben war, wurde bei dieser Bundestagswahl
48 nicht realisiert.

49
50 **Wenn nicht mehr zwingend jeder Wahlkreisbewerber, der den Wahlkreis auch gewinnt, ein**
51 **Mandat erhält, dann hat dies unmittelbare Auswirkungen auf die Chancengleichheit, die**
52 **bereits dann verletzt ist, wenn das gleiche Ergebnis - nämlich der Gewinn des Wahlkreises –**
53 **zu unterschiedlichen Auswirkungen, dort Mandatsgewinn und hier nicht, führt.**

54
55 Erschwerend tritt hinzu, dass sich die geänderte Rechtslage nicht am Design des Stimmzettels
56 festzumachen war. Dieser war, wie bereits bei den Bundestagswahlen zuvor, so gestaltet, dass die
57 linke Spalte für die Erststimme vorgesehen war und die rechte Spalte für die Zweitstimme.

58
59 Es ist davon auszugehen, dass viele Wahlberechtigte bei der Bundestagswahl 2025 durch die
60 Gestaltung des Stimmzettels und durch die Erfahrung vergangener Bundestagswahlen
61 typischerweise davon ausgehen mussten, dass die Wahl eines Wahlkreisbewerbers, wie bei allen
62 bisherigen Bundestagswahlen zuvor, unmittelbar zur erfolgreichen Wahl eines Abgeordneten
63 führt.

64
65 Das neue Wahlrecht hat dazu geführt, dass z.B. im Wahlkreis 1 Flensburg-Schleswig **sämtliche**
66 **Erstimmen verfallen** sind. Die Abgabe der Erststimme hat auf die Zusammensetzung des
67 Deutschen Bundestages keinen Einfluss gehabt.

68
69 Diese Regelung ist umgehend abzuschaffen und neu zu regeln. Das Direktmandat muss zur Folge
70 haben, dass der Kandidat/die Kandidatin in den Deutschen Bundestag gewählt ist.

Antrag Nr. 16: Kommunalvertretungen stärken – Wahlrecht modernisieren und Handlungsfähigkeit sichern

Antragsteller: CDU Schleswig-Flensburg und KPV Schleswig-Holstein

Die CDU Schleswig-Holstein fordert:

- § 8 GKWG so zu ändern, dass ab einer Einwohnerzahl von 15.000 die Regelgröße der Zahl der Vertreterinnen und Vertreter nach unten angepasst wird,
- § 10 GKWG so zu ändern, dass ausschließlich für die übrigen Parteien insgesamt so viele Ausgleichssitze vergeben werden, wie durch überzählige Direktmandate sämtlicher Parteien zusammen Überhangmandate entstehen; ein weitergehender Verhältnisausgleich über diese Gesamtzahl hinaus soll entfallen,
- § 10 Abs. 2 GKWG so zu ändern, dass die Sitzzuteilung künftig nach dem d'Hondt-Verfahren erfolgt,
- § 57 GO so zu ändern, dass alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister künftig durch die kommunalen Vertretungskörperschaften gewählt werden und zugleich bei Kommunalwahlen eine Sperrklausel in Höhe von fünf Prozent eingeführt wird, sodass nur Wahlvorschläge berücksichtigt werden, die diesen Stimmenanteil erreichen,
- § 9 GKWG so zu ändern, dass in Gemeinden mit mehr als 70 bis zu 3.500 Einwohnerinnen und Einwohner nur ein Wahlkreis gebildet wird.

Begründung:

Die kommunale Selbstverwaltung gilt als Fundament unseres demokratischen Gemeinwesens. Gerade in den Gemeinden und Kreisen kann Politik bürgernah, transparent und wirksam umgesetzt werden. Damit die Kommunalvertretungen ihrer Verantwortung gerecht werden, benötigen sie stabile Mehrheiten. In den vergangenen Jahren hat sich jedoch gezeigt, dass zunehmende Zersplitterung und ein Aufblähen der Vertretungen die Handlungsfähigkeit erschweren. Schon jetzt ist die übergroße Größe vieler Gemeindevertretungen, vor allem aber auch zahlreicher Kreistage, weder organisatorisch noch politisch überzeugend zu vermitteln. Zwar hat sich die bestehende schwarz-grüne Koalition vorgenommen, das Thema anzugehen, doch konkrete Schritte sind bislang ausgeblieben. Umso mehr ist es erforderlich, das Thema nun erneut mit klaren Vorschlägen für eine Anpassung aufzugreifen und auf die politische Tagesordnung zu setzen. Diese Änderungen dürfen nicht aufgeschoben werden, sondern müssen noch in der laufenden Legislaturperiode bis 2027 beschlossen werden, damit sie rechtzeitig zur nächsten Kommunalwahl in 2028 in Kraft treten und ihre Wirkung entfalten können.

Ein besonders naheliegender Ansatzpunkt für eine Reform ist die Anpassung der Regelgrößen in den Kommunalvertretungen. Unter Regelgrößen versteht man die in § 8 Abs. 1 GKWG gesetzlich

...

festgelegten Orientierungswerte für die Zusammensetzung von Gemeindevertretungen und Kreistagen, die sich nach der Einwohnerzahl richten. Aus diesen Regelgrößen ergeben sich die sogenannten Sollzahlen, also die konkrete Zahl an Mitgliedern, die eine Vertretung nach dem Gesetz normalerweise haben soll. In der Praxis wird diese Sollzahl häufig durch Überhang- und Ausgleichsmandate gemäß § 10 GKWG überschritten, sodass die tatsächliche Mitgliederzahl regelmäßig deutlich höher liegt. Gerade ab einer Einwohnerzahl von 15.000 steigt die nach § 8 Abs. 1 GKWG vorgesehene Zahl der Vertreterinnen und Vertreter weiter an, ohne dass dies in einem angemessenen Verhältnis zur tatsächlichen Arbeitsfähigkeit der Gremien steht. Schon heute ist die Größe vieler Gemeindevertretungen und insbesondere der Kreistage für Bürgerinnen und Bürger nur schwer nachvollziehbar und führt in der Praxis zu langen Beratungen und schwerfälligen Entscheidungsprozessen. Eine maßvolle Absenkung ab 15.000 Einwohnern würde deshalb zu effizienteren Strukturen beitragen, ohne ernsthaft die repräsentative Breite einzuschränken, und damit unmittelbar die Handlungsfähigkeit der Kommunalvertretungen stärken.

Ein weiterer Reformbedarf ergibt sich beim Umgang mit Überhang- und Ausgleichsmandaten. Nach geltender Rechtslage (§ 10 GKWG) werden Überhangmandate, die durch überzählige Direktmandate entstehen, in einem umfassenden Verhältnisausgleich korrigiert, indem zusätzliche Sitze für alle übrigen Parteien vergeben werden. Dieser Mechanismus führt regelmäßig zu einer erheblichen Aufblähung der kommunalen Vertretungskörperschaften, die weit über die gesetzliche Sollgröße hinausgeht. In vielen Gemeindevertretungen und insbesondere in den Kreistagen ist dadurch eine kaum noch vermittelbare Zahl an Mandatsträgern entstanden, was die Arbeit nicht nur verteuert, sondern vor allem verkompliziert. Künftig soll deshalb eine Begrenzung erfolgen: Es werden nur so viele Ausgleichsmandate verteilt, wie Überhangmandate insgesamt anfallen. Ein weitergehender Vollausgleich, der zusätzliche Sitze weit über diese Zahl hinaus schafft, soll entfallen. Damit bleibt das Verhältniswahlergebnis grundsätzlich gewahrt, gleichzeitig wird aber das Aufblähen der Gremien wirksam eingedämmt.

Auch beim Verfahren der Sitzzuteilung zeigt sich Handlungsbedarf. Nach derzeitiger Rechtslage sieht § 10 Abs. 2 GKWG die Anwendung des Sainte-Laguë/Schepers-Verfahrens vor, das kleinere Parteien bei der Verteilung von Mandaten stärker begünstigt. In der kommunalen Praxis führt dies jedoch zunehmend zu einer weiteren Zersplitterung der Vertretungen und erschwert die Bildung stabiler Mehrheiten. Die Rückkehr zum d'Hondt-Verfahren würde hier für mehr Ausgewogenheit sorgen. Schleswig-Holstein selbst hat bereits lange nach dem d'Hondt-Verfahren gearbeitet, bevor 2008 die Umstellung erfolgte. Auch in anderen Bundesländern ist d'Hondt in jüngerer Zeit wieder eingeführt worden, wie etwa in Hessen, wo das Verfahren 2025 für die Kommunalwahlen ausdrücklich zur Stärkung der Funktionsfähigkeit der kommunalen Vertretungen festgeschrieben wurde. Die Umstellung auf d'Hondt stellt damit keinen Bruch mit

demokratischen Grundsätzen dar, sondern knüpft an erprobte und bewährte Verfahren an, die in der kommunalen Realität zu mehr Stabilität und Handlungsfähigkeit beitragen.

Ein weiterer zentraler Reformbaustein betrifft die Wahl der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie die Einführung einer Sperrklausel. Nach geltender Rechtslage (§ 57 GO) werden hauptamtliche Bürgermeister in Schleswig-Holstein unmittelbar von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt. Diese Direktwahl hat das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung vom 13. Februar 2008 (2 BvK 1/07) ausdrücklich in seine Abwägung einbezogen und betont, dass eine 5 %-Hürde bei Kommunalwahlen unter diesen Voraussetzungen nicht gerechtfertigt sei. Das Gericht stellte klar, dass eine Sperrklausel einen Eingriff in die Erfolgswertgleichheit darstellt und daher nur unter strengen Voraussetzungen zulässig ist. Weil die Bevölkerung mit der Direktwahl des Bürgermeisters ohnehin eine der wichtigsten Personalentscheidungen traf, sah das Gericht keinen zwingenden Grund, die Funktionsfähigkeit der Vertretungen zusätzlich über eine Sperrklausel abzusichern. Wird die Direktwahl künftig abgeschafft und die Wahl des Bürgermeisters durch die kommunale Vertretungskörperschaft vorgenommen, verschiebt sich jedoch die verfassungsrechtliche Ausgangslage grundlegend. Dann liegt die Verantwortung für zentrale Personal- und Sachentscheidungen vollständig bei den Vertretungen, die deshalb in besonderem Maße stabile Mehrheiten benötigen. Eine 5 %-Hürde trägt dazu bei, Zersplitterung zu verhindern, die Nachvollziehbarkeit der Wahlergebnisse zu erhöhen und die Handlungsfähigkeit der Gremien langfristig zu sichern. Anders als 2008 kann der Eingriff in die Erfolgswertgleichheit daher durch die praktischen Erfordernisse einer funktionierenden kommunalen Selbstverwaltung gerechtfertigt werden. Zudem liegt die Zuständigkeit für die Beurteilung einer solchen Regelung heute nicht mehr ausschließlich beim Bundesverfassungsgericht, sondern könnte auch beim Landesverfassungsgericht Schleswig-Holstein liegen, das näher an den tatsächlichen Rahmenbedingungen der kommunalen Demokratie im Land urteilen würde. Vor diesem Hintergrund ist es rechtlich vertretbar und politisch geboten, die Abschaffung der Direktwahl und die Einführung einer Sperrklausel in einem Reformschritt zusammenzuführen.

Schließlich verdient auch die Bildung von Wahlkreisen eine kritische Neubewertung. Nach geltendem Recht bestimmt § 9 GKWG, dass Gemeinden in Abhängigkeit von ihrer Einwohnerzahl bereits ab 2.500 Einwohnern in mehrere Wahlkreise eingeteilt werden. Diese Vorgabe führt in der Praxis dazu, dass selbst kleinere Gemeinden mit überschaubarer Einwohnerzahl künstlich in mehrere Wahlgebiete aufgeteilt werden, obwohl hierfür weder ein sachlicher noch ein organisatorischer Bedarf besteht. Insbesondere in Gemeinden bis 3.500 Einwohnern, die nach geltender Regelung in drei Wahlkreise gegliedert werden, entsteht eine unnötige Fragmentierung des Wahlgebiets. Für die Bürgerinnen und Bürger ist kaum nachvollziehbar, dass in Gemeinden dieser Größenordnung Bürgermeisterkandidaten nicht von allen Wahlberechtigten direkt gewählt werden können, sondern diese Möglichkeit faktisch nur einem Teil der Bevölkerung vorbehalten bleibt.

Antrag Nr. 17: Flexibilisierung und Reform des Nachrückverfahrens in kommunalen Vertretungen

Antragsteller: CDU-Ortsverband Ahrensburg

Ausgangslage:

Das Kommunal- und Kreiswahlrecht in Schleswig-Holstein sieht derzeit vor, dass freiwerdende Mandate in Gemeinde- und Kreisvertretungen nach einer festen Reihenfolge der Wahlvorschlagslisten besetzt werden. Es ist eine starre Listenreihenfolge, die durch die Wahl festgelegt und nicht verändert werden kann. Wer im Nachrückfall verhindert ist, scheidet dauerhaft aus. Potenziell engagierte Personen gehen der ehrenamtlichen kommunalen Arbeit dadurch verloren.

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die CDU Schleswig-Holstein soll sich für eine Reform des Kommunalwahlrechts einsetzen, die eine Flexibilisierung des Nachrückverfahrens schafft. Beispielhaft wären temporäre Auszeiten, ein Mandats-Pool oder eine flexible Reihenfolge durch Verfügbarkeitsabfragen. Erarbeitet werden müssen klaren Definitionen von Auszeitgründen und Regelungen für Fristen und Begrenzungen. Ebenso könnte eine definierte Auszeit für bereits gewählte Kommunalvertreter geschaffen werden, um auch dort eine Flexibilisierung zu erreichen.

Begründung:

Die kommunale Selbstverwaltung lebt vom Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Das derzeitige starre Nachrückverfahren führt dazu, dass demokratisch legitimierte Personen dauerhaft ausscheiden, wenn sie zum Zeitpunkt des Mandatsantritts über die Liste verhindert sind.

Die vorgeschlagene Reform soll den veränderten Lebensrealitäten Rechnung tragen: Berufliche Mobilität, wechselnde Lebenssituationen und die Notwendigkeit, Ehrenamt, Familie und Beruf zu vereinbaren, erfordern flexible Lösungen.

Die Reform soll einen klaren Rechtsrahmen beinhalten, der Missbrauch vorbeugt, Verwaltungsaufwand begrenzt und gleichzeitig mehr Menschen den Zugang zu kommunalpolitischer Verantwortung ermöglicht. Sie ist damit ein zeitgemäßer Beitrag zur Stärkung der kommunalen Demokratie in Schleswig-Holstein.

...

Antrag Nr. 18: Bezahlbares Wohnen ist soziale Gerechtigkeit

Antragsteller: CDA Schleswig-Holstein

Eine sichere und bezahlbare Wohnung ist Heimat, Freiheit und Lebensgrundlage. Für viele Menschen in Schleswig-Holstein wird es jedoch immer schwerer, bezahlbaren Wohnraum zu finden oder Wohneigentum zu bilden. Bauen und Wohnen sind zentrale soziale Fragen unserer Zeit – auch auf Landesebene. Wohnen muss wieder bezahlbar werden.

Unsere Kernforderungen für Schleswig-Holstein

1. Landesrecht vereinfachen – Bauverfahren beschleunigen

- Landesbauordnung und Genehmigungsverfahren entschlacken („Bauturbo SH“),
- 1/3 der landesrechtlichen Bauvorschriften streichen oder vereinfachen,
- Standards vereinheitlichen und modulares Bauen landesweit fördern.

2. Kommunen stärken – Wohnungsbau vor Ort erleichtern

- Kommunale Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften bevorzugt fördern,
- Landesgrundstücke bevorzugt im Erbbaurecht oder an gemeinwohlorientierte Akteure vergeben,
- Runder Tisch „Bauen und Wohnen in Schleswig-Holstein“ mit Kommunen, Wohnungswirtschaft, Politik und Sozialverbänden einrichten,
- Landesförderprogramme so ausrichten, dass sie sowohl private Investoren als auch kleine und mittlere Kommunen besser erreichen.

3. Sozialen und privaten Wohnungsbau ausbauen und langfristig sichern

- Verlängerung von Bindungsfristen für geförderte Wohnungen prüfen,
- Landeswohnraumförderung stärker auf niedrige und mittlere Einkommen ausrichten,
- Sanierung und Umbau von Bestandswohnungen in die Förderung einbeziehen,
- Programme für Azubi- und Betriebswohnungen schaffen oder ausweiten,
- Auch privat finanzierte Wohnbauvorhaben gezielt fördern, um zusätzliche Bauimpulse zu setzen und die Angebotsvielfalt zu erhöhen,
- Seniorinnen und Senioren über Landesbürgschaften bei Sanierungen und Modernisierungen unterstützen.

4. Klimaschutz mit Augenmaß und sozialer Verantwortung umsetzen

Die Erreichung der Klimaziele im Gebäudesektor ist wichtig – sie muss jedoch wirtschaftlich tragfähig und sozial ausgewogen gestaltet werden. Das Land Schleswig-Holstein soll:

...

- Klimabedingte Mehrkosten beim Bauen und Sanieren sozial abfedern, insbesondere für Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen sowie für Vermieter, die zu fairen Mieten vermieten,
- Landesförderprogramme für energetische Sanierungen, Heizungsmodernisierungen und Dämmmaßnahmen gezielt ausbauen und mit einfachen Antragsverfahren ausstatten,
- Klimaschutz im Gebäudebereich stärker mit der sozialen Wohnraumförderung verzahnen, damit energetische Anforderungen nicht zu höheren Mieten führen,
- Kommunale Beratungsangebote zu Sanierung und Energieeffizienz unterstützen, um Hauseigentümer und Vermieter praxisnah zu entlasten,
- Dafür sorgen, dass Klimaschutz Innovation und Investition fördert, statt den Neubau und die Sanierung zu bremsen.

5. Eigentumsbildung fördern – Grunderwerbsteuer senken

- Freibeträge bei der Grunderwerbsteuer für den erstmaligen Erwerb selbstgenutzter Immobilien schaffen. Unser Ziel bleibt dabei die Abschaffung der Grunderwerbssteuer beim Ersterwerb, insbesondere für junge Menschen und Familien,
- Landesprogramme zur Förderung von Familien und jungen Menschen beim Erwerb von Wohneigentum auflegen,
- Eigenkapitalersetzende Instrumente und Bürgschaften des Landes prüfen.

6. Gegen Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit handeln

- Kommunen bei der Wohnungslosenhilfe finanziell und organisatorisch stärker unterstützen,
- Mobile Hilfstteams und niedrigschwellige Wohnangebote intensiver fördern.

7. Barrierefreies Wohnen sicherstellen

- Barrierefreies Bauen verpflichtend in der Landesförderung und in allen Landesbauprojekten, unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Gegebenheiten auf dem Land und in den Städten sowie der Wirtschaftlichkeit kleinerer Wohnprojekte, vorsehen,
- Landesförderung für altersgerechten Umbau ausbauen.

Begründung

Bezahlbares Wohnen ist eine der zentralen sozialen Fragen unserer Zeit. Auch in Schleswig-Holstein wird es für viele Menschen zunehmend schwieriger, eine bezahlbare Wohnung zu finden oder Wohneigentum zu bilden. Schon heute kostet ein Quadratmeter Neubau kostendeckend rund 18 Euro Miete. Das Land hat die Möglichkeit und Verantwortung, hier aktiv gegenzusteuern. Mit einer vereinfachten Landesbauordnung, schnelleren Genehmigungsverfahren und einer gezielten Förderung von kommunalem und privatem Wohnungsbau kann Schleswig-Holstein entscheidend dazu beitragen, neuen und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

79 Die Förderung von Eigentumsbildung ist zugleich ein Beitrag zu sozialer Sicherheit und
80 Altersvorsorge. Deshalb soll das Land den Erwerb des ersten Eigenheims durch Freibeträge bei
81 der Grunderwerbsteuer erleichtern und eigene Förderprogramme für Familien und Menschen
82 mit mittleren Einkommen auflegen.

83

84 Klimaschutz und Bezahlbarkeit müssen in Einklang gebracht werden. Das Land sollte
85 klimabedingte Mehrkosten beim Bauen und Sanieren sozial abfedern und die Förderpolitik so
86 gestalten, dass Klimaschutz auch für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen bezahlbar
87 bleibt. So wird Klimaschutz sozial gerecht und Wohnen bleibt erschwinglich.

88

89 Bezahlbares Wohnen ist damit nicht nur eine wirtschaftliche, sondern vor allem eine soziale
90 Zukunftsaufgabe – und Ausdruck christlich-demokratischer Verantwortung.

Themenbereich E:

Landwirtschaft und Umwelt

Antrag Nr. 19: Blauzungenkrankheit bekämpfen!

Antragssteller: Junge Union Schleswig-Holstein

Der Landesparteitag der CDU Schleswig-Holstein fordert:

- die Wiedereinführung einer Impfpflicht für Schafe, Ziegen und Rinder gegen die sog. Blauzungenkrankheit,
- die Bereitstellung des Impfstoffes durch das Land Schleswig-Holstein und die Übernahme der Impfung durch die Tierhalter,
- eine Beobachtung und Evaluation der Auswirkungen der Krankheit auf die Zahl der Lämmer.

Begründung:

Seit Juli 2024 steigen in Deutschland und auch in Schleswig-Holstein die Fallzahlen der an der sog. Blauzungenkrankheit erkrankten Schafe stark an. Bereits in den Jahren 2008 und 2009 gab es einen starken Ausbruch der Blauzungenkrankheit in Deutschland. Damals organisierten der Bund und die Länder die Beschaffung von Impfstoff und es wurde eine Impfpflicht für Schafe, Ziegen und Rinder angeordnet. Aktuell kostet die Impfung ungefähr 6 Euro und wird vom Land bezuschusst mit einem Euro pro Schaf und zwei Euro pro Rind, welche zwei Mal geimpft werden müssen.[1] Gerade für Betriebe mit einem großen Tierbestand können so schnell hohe Kosten entstehen, wenn sie ihre Herde schützen möchten. Im Interesse einer schnellen Bekämpfung der Krankheit ist eine schnelle Impfung der betroffenen Tierarten unabdingbar.

Die Zahl der Todesfälle durch die Krankheit sorgt bereits dafür, dass die Abdecker überlastet sind.[2] Dadurch entsteht nicht nur ein enormer wirtschaftlicher Schaden bei den Landwirten und Schäfern, der teilweise sogar existenzgefährdend ist, sondern die Krankheit kann auch Auswirkungen auf den Küstenschutz haben. Die Schafe sorgen an den Deichen dafür, dass die Grasnarbe fest ist und tragen so zu einem effektiven Küstenschutz bei.

Aus diesen Gründen ist der Blauzungenkrankheit mit effektiven Mitteln entgegenzutreten.

[1] <https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Blauzungenkrankheit-Impfungen-laufen-Infektionszahl-steigt,blauzungenkrankheit144.html>

[2] <https://www.boyens-medien.de/artikel/lokales/blauzungenkrankheit-die-abdecker-kommen-kaum-hinterher-855839.html>

1 **Antrag Nr. 20: Umsetzung der naturpolitischen Ziele durch die**
2 **Einbindung der Bürger und seiner durch sie gewählten**
3 **Volksvertreter demokratisieren**

4
5 Antragsteller: CDU Herzogtum Lauenburg
6

7 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
8

9 Die Landesregierung wird aufgefordert, die Umsetzung der naturpolitischen Ziele durch die
10 Einbindung der Bürger und seiner durch sie gewählten Volksvertreter zu demokratisieren.

11
12 Dies soll durch eine Änderung in § 2 des Landesnaturschutzgesetzes vom 24. Februar 2010
13 erfolgen, indem die Aufgabe in Ziff. 4 künftig als pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe und nicht
14 mehr zur Erfüllung nach Weisung wahrgenommen wird. Das schwindende Vertrauen in einen
15 "von oben" übergestülpten Naturschutz macht es erforderlich, bei den Bürgern mehr Verständnis
16 durch mehr Beteiligung zu erreichen. Gleichzeitig soll durch die stärkere Verantwortung der
17 kommunalen Gremien das Bewusstsein für die Bedeutung der Aufgabe geschärft werden.

18
19 **Begründung:**

20 Erfolgt ggf. mündlich.

Themenbereich F:

Wirtschaft, Digitalisierung und Bürokratieabbau

Antrag Nr. 21: Zukunftsregion Hansebelt: Neue Möglichkeiten zwischen Hamburg und Kopenhagen schaffen

Antragsteller: CDU-Kreisverbände Herzogtum Lauenburg, Lübeck, Ostholstein, Segeberg und Stormarn

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bau der Festen Fehmarnbeltquerung führt zu großen Veränderungen im östlichen als auch im südlichen Schleswig-Holstein. Die Verbindung der Metropolregion Hamburg mit der Region Kopenhagen-Malmö wird gefestigt und durch die zukünftige schnelle Erreichbarkeit von Kopenhagen und Malmö ergeben sich neue Chancen für die gesamte Region. Denn es entsteht eine neue europäische Zukunftsachse Hamburg-Kopenhagen. Sobald der Tunnel nicht nur Fehmarn und Lolland, sondern Kontinentaleuropa mit Skandinavien verbindet, dauert die Fahrt mit dem ICE von Lübeck nach Kopenhagen und umgekehrt nur zwei Stunden. So werden Unternehmen, Wissenschaft, Forschung und Tourismus stärker verbunden als je zuvor.

Bereits vor einigen Jahren hat die privat-organisierte Initiative „Der Hansebelt e.V.“, dem mittlerweile rund 140 Unternehmen aus den Kreisen Herzogtum Lauenburg, Lübeck, Ostholstein, Segeberg und Stormarn angehören, das Standortmarketing der Region übernommen und mit der Marke Hansebelt ein großes Zusammengehörigkeitsgefühl geschaffen, das wir durch einen strukturierten Regionsbildungsprozess stärken und weiterentwickeln wollen.

Dabei ist der Hansebelt deckungsgleich mit dem Bezirk der Industrie- und Handelskammer zu Lübeck, so dass die Aktivitäten zu Gunsten der Region auf ein breites und stabiles Netzwerk treffen.

Der Hansebelt ist eine wirtschaftlich starke Region in Schleswig-Holstein. Obwohl die Region flächenmäßig ein knappes Drittel des Landes Schleswig-Holstein ausmacht, sind hier knapp 40% der Betriebe angesiedelt. 39% aller sozialversichert-Beschäftigten Schleswig-Holsteins arbeiten im Hansebelt (2022).

Die wirtschaftliche Stärke liegt in der Lage und der Struktur begründet: Die Nachbarschaft zur Hansestadt Hamburg, fünf Autobahnen, sieben Bahnlinien, der Hafen Lübeck als Drehscheibe internationaler Logistikketten, der Flughafen Lübeck mit nationalen und internationalen Verbindungen, der zukünftige Tunnel zwischen Deutschland und Dänemark, die Universität, Technische Hochschule, die Musik- und die Fachhochschule sowie die Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Lübeck, die Forschungseinrichtungen des Bundes in Borstel, Geesthacht, Trenthorst und Lübeck, das UKSH in Lübeck, die Wirtschaftsakademie Schleswig-

...

Holstein am Standort Lübeck sowie die Kammern und Beruflichen Bildungszentren in den umliegenden Kreisen sind beste Voraussetzungen für gute Beschäftigung, Arbeit, Innovation und Technik, die im internationalen Wettbewerb bestehen können.

Diese Ausgangslage ist Ergebnis vernünftiger politischer Weichenstellungen in den vergangenen Jahrzehnten und doch kein Garant für Prosperität in der Zukunft. Deshalb legen die CDU-Kreisverbände Herzogtum Lauenburg, Lübeck, Ostholstein, Segeberg und Stormarn diesen Antrag zum CDU-Landesparteitag am 22. November 2026 in Neumünster vor. Wir wollen, dass die Chancen unserer Region bestmöglich genutzt werden und setzen uns für Weichenstellungen in folgenden Kategorien ein:

1. Infrastruktur

Das wichtigste Infrastrukturprojekt unserer Region ist auch das wichtigste Projekt in Schleswig-Holstein: Wir fordern den unverzüglichen Weiterbau der A20 ab Bad Segeberg bis zur A7 mit der dann folgenden Fortführung und westlichen Elbquerung von Hamburg.

Überall dort, wo die CDU Regierungsverantwortung trägt, müssen auch administrativ alle Weichen gestellt werden, um im Falle der gültigen Planfeststellung dem Bau der A20 volle Priorität geben zu können. Erst mit der A20 wird auch die Feste Fehmarnbeltquerung ihre vollen Potentiale heben können.

Darüber hinaus setzen wir uns für den Ausbau der B404 zur A21 mit der entsprechenden östlichen Elbquerung ein.

Die CDU fordert die Abschaffung des Verbandsklagerechts. Die Abläufe rund um die A20 haben beispielhaft gezeigt, dass das Verbandsklagerecht eines der größten Hindernisse ist, um große Verkehrsprojekte überhaupt umsetzen zu können. Die dadurch entstehenden Verzögerungen bis zur Umsetzbarkeit von Entscheidungen widersprechen den öffentlichen Interessen, für deren Schutz das Klagerecht ursprünglich eingeführt wurde. Die Verlagerung politischer Entscheidungen in den Gerichtssaal stört das rechtsstaatliche Gefüge zwischen Bürgern, Verbänden, Politik und Staat mittlerweile in einem nicht mehr zumutbaren Ausmaß.

Weiterhin setzt sich die CDU dafür ein, dass bei Planungs- und Genehmigungsverfahren, an denen mehrere Behörden beteiligt sind, auf jeder Entscheidungsebene eine federführend zuständige Behörde bestimmt wird, die zur Endentscheidung ermächtigt wird, z. B. bei mehreren unteren Landesbehörden der Landrat. Die weiteren zuständigen Behörden leisten Beiträge für die Entscheidung der federführenden Behörde.

79 Denn die Praxis zeigt, dass das wechselseitige Anzweifeln von Erkenntnissen und
80 Entscheidungen anderer Behörden Planungsprozesse in einem Umfang lähmt, der den Staat
81 handlungsunfähig macht und Staatsverdrossenheit fördert. Die Bürgerinnen und Bürger haben
82 dagegen Anspruch auf einen entscheidungsfreudigen und tatkräftigen Staat. Die CDU tritt deshalb
83 für mehr Konzentrationsentscheidungen ein.

84
85 Der Bau der Anbindung Schleswig-Holsteins an die Feste Fehmarnbeltquerung muss zügig
86 vorangetrieben werden. Die CDU ist nicht damit einverstanden, dass die Bahn ihre Planungen
87 ständig zeitlich nach hinten verschiebt und Deutschland deshalb die zeitlichen Verpflichtungen
88 aus dem Staatsvertrag mit Dänemark bricht. Wenn der Haupttunnel 2029 fertig wird, die
89 deutsche Hinterlandanbindung aber erst deutlich später, beeinträchtigt dieser Engpass die
90 Gesamtnutzung und Effizienz des Links und schwächt damit das Vertragsziel insgesamt. Wir
91 fordern die Bundesregierung auf, dem Verkehrsprojekt endlich die Aufmerksamkeit zu widmen,
92 die es verdient. Verzögerungen führen nicht nur zu großer Verunsicherung und empfindlichen
93 Störungen beim Verkehr in der Region, sondern sie schädigen das Ansehen der Bundesrepublik
94 Deutschland im gesamten nordeuropäischen Raum.

95
96 Neben dem Ausbau der A20 und der A21 fordern wir den Ausbau folgender
97 Schienenverbindungen im Hansebelt: die Nordkurve für den Lübecker Hafen, um die
98 Erreichbarkeit nach Norden zu sichern, das dritte Gleis zwischen Hamburg Hauptbahnhof und
99 Bad Schwartau und die Elektrifizierung der Bahn von Neumünster über Bad Segeberg nach Bad
100 Oldesloe. Darüber hinaus befürwortet die CDU die Reaktivierung regionaler Bahnstrecken, die zur
101 besseren Vernetzung des Hansebelt-Raums mit der Metropolregion Hamburg beitragen.
102 Besonders hervorzuheben ist dabei die Wiederanbindung der Stadt Geesthacht an das
103 Hamburger Schienenverkehrsnetz. Die Reaktivierung der Bahnverbindung von Geesthacht nach
104 Hamburg ist ein wichtiger Schritt für die nachhaltige Mobilität im südlichen Hansebelt. Sie
105 entlastet die Straßeninfrastruktur, stärkt den öffentlichen Nahverkehr und verbessert die
106 Erreichbarkeit des Kreises Herzogtum Lauenburg als Wirtschafts- und Wohnstandort im direkten
107 Umfeld der Metropolregion Hamburg. Damit wird zugleich ein Beitrag zur verkehrlichen
108 Integration der gesamten Hansebelt-Region geleistet.

109
110 Dass die Deutsche Bahn die Stadt Lübeck aus dem Fahrplan des ICE gestrichen hat, ist aus Sicht
111 der CDU eine falsche Entscheidung, die schnellstmöglich korrigiert werden muss. Es reicht nicht
112 aus, dass der Hansebelt über den ICE-Halt in Büchen nach der Sanierung der Strecke Hamburg-
113 Berlin in einem Zwei-Stunden-Takt an die Bundeshauptstadt angebunden ist. Im Gegenteil
114 erwarten wir eine dauerhafte Aufnahme Lübecks in das ICE-Netz.

115
116 Zur Stärkung des Lübecker Hafens unterstützt die CDU ausdrücklich die Forderung der
117 Transportbranche und der IHK zu Lübeck, den Elbe-Lübeck-Kanal als einzige Verbindung der
118 Ostsee in das europäische Binnenwasserstraßennetz endlich auszubauen und an die Größen des

modernen Europa-Schiffes anzupassen. Wir setzen uns für den Ausbau des Kanals, neue Schleusen und Brücken und die 24/7-Nutzung für die Binnenschifffahrt ein.

2. Planung und Gewerbe

Aufgrund der zukünftigen schnellen Erreichbarkeit der Region durch die Feste Fehmarnbeltquerung ergeben sich auch neue Chancen für die Ansiedlung von Unternehmen im gesamten Hansebelt entlang der Verkehrsachsen A1, A20, A21 und A24. Schon heute kann die Nachfrage nach Flächen für Gewerbe, Industrie, Handel und Transport nicht durch bestehende und geplante Gewerbegebiete gedeckt werden. Damit entgehen dem Land Schleswig-Holstein Chancen auf Arbeitsplätze und Einnahmen. Verkehr, der aus Skandinavien kommend in Richtung Schleswig-Holstein fährt, muss im Hansebelt für Wertschöpfung genutzt werden.

Die CDU fordert deshalb einen „Masterplan Hansebelt“.

Wir wollen, dass die bisherigen Einschränkungen für die Planung von Gewerbegebieten entlang der o. g. Verkehrsachsen aufgehoben werden. Das gilt auch für die Achsenzwischenräume entlang der Bundesstraßen, z. B. B432 und B207. Gerade in der jetzigen Zeit, in der Kommunen auf wirtschaftliche Prosperität angewiesen sind, um ihrer Pflicht zur Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger erfüllen zu können, müssen der Entwicklung von Gewerbe und der Ansiedlung von Unternehmen in der Landesplanung ein Vorrang eingeräumt werden.

Zudem setzt sich die CDU dafür ein, die Anforderungen und den Umfang des ökologischen Ausgleichs deutlich zu reduzieren.

Derzeit erleben wir den Ausbau der Infrastruktur für die Energiewende in unserer Region. Insbesondere werden Umspannungswerke gebaut, die an Knotenpunkten von Leitungen entstehen sollen. Hier bieten sich Ansiedlungschancen für energieintensive Unternehmen.

Die CDU fordert, dass Genehmigungshemmnisse konsequent abgebaut werden, so dass es gelingt, diese Art von Unternehmen erfolgreich im Hansebelt anzusiedeln. Daher fordern wir, dass Flächen um Umspannwerke und Netzverknüpfungspunkte für produzierendes Gewerbe und Industrie als „privilegierte“ Vorhaben anzusehen sind. Dabei ist die Einführung eines landesplanerischen oder baurechtlichen Vorbehalts für Erweiterungsflächen für die Umspannwerke einzuplanen. Denn aktuell stehen Netzbetreiber regelmäßig vor dem Problem, nicht erweitern zu können, da insbesondere Batteriespeicher schon alle potenziellen Erweiterungsflächen für sich gesichert haben. Ohne passende Erweiterungsflächen können auch an einem Umspannwerk mit noch vorhandener Netzkapazität keine weiteren Unternehmen angeschlossen werden. Unser Ziel ist es, dass möglichst viele unterschiedliche Unternehmungen

die Möglichkeit bekommen können, sich um Umspannwerken und Netzverknüpfungspunkten auch im Außenbereich ansiedeln zu können.

3. Forschung und Innovation

Der Hansebelt ist Heimat von vielen Bildungs- und Forschungseinrichtungen des Bundes und des Landes. Bildung und Forschung sind Indikatoren für die Zukunftsfähigkeit einer Region. Die Einrichtungen, ob Universität, Technische Hochschule oder Institute, ziehen Studenten und Wissenschaftler an, bieten Chancen für einen aktiven Technologie-Transfer in die Wirtschaft und stellen internationale Vernetzungen her.

Hier setzt die CDU an. Wir fordern, dass verstärkt gemeinsame Projekte mit Universitäten und Hochschulen in Hamburg, Kopenhagen und Malmö eruiert werden, zudem wollen wir durch den gezielten Dialog zwischen Forschung und Wirtschaft den Technologie-Transfer, auch in das Handwerk, verbessern. Die bisherigen Aktivitäten von Hochschulen und Kammern finden unsere ausdrückliche Unterstützung. Wir wollen diese ausbauen und durch regionale Dialogformate unter Einbeziehung aller Akteure, wie z. B. Kreishandwerkerschaften und Innungen, in den Kreisen fortsetzen und den Austausch, insbesondere zwischen Hochschulen, Handwerk und Mittelstand, weiter vertiefen.

4. Tourismus

Neben den Clustern der Medizintechnik, Ernährungswirtschaft, Logistik, Life Science, Maschinenbau, Energiewirtschaft und Digitale Wirtschaft ist der Tourismus im Hansebelt eine wichtige Branche mit überragender Bedeutung für die gesamte Region.

Die bundes- und europaweit bekannten Destinationen im Hansebelt führen zu millionenfachen Übernachtungen und Wertschöpfung und zahlreichen Arbeits- und Ausbildungsplätzen in der Tourismuswirtschaft. Im Hansebelt gibt es 2.944 Betriebe (Stand 2022) mit über 20.100 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten und einem jährlichen Umsatz von etwa 1,4 Milliarden Euro.

Wir begrüßen die privaten und öffentlichen Investitionen in die touristische Infrastruktur während der vergangenen beiden Jahrzehnte, die wichtig für die Konkurrenzfähigkeit unserer Destination waren.

Alle Akteure der Branche setzen auf Wachstum, insbesondere auch nach der Eröffnung des Belt-Tunnels. Daher fordert die CDU, dem Tourismus bei neuen Projekten im besonderen Maße administrativ unterstützend zur Seite zu stehen. Dabei sollen örtliche Belange berücksichtigt und Befürchtungen vor „Over-Tourism“ konstruktiv begegnet werden.

198 Bei der Lösung der Verkehrsprobleme setzen wir auf konsequente Digitalisierung und
199 Verkehrslenkung mit ortsübergreifenden Systemen, z. B. bei der Parkplatzsuche.

200

201 **Die Zukunft entscheidet sich durch aktives politisches Handeln.**

202

203 Wir wollen, dass die Chancen, die sich in der Mitte zwischen der Metropolregion Hamburg und
204 dem Wachstums- und Innovationsmarkt Ostsee ergeben, zu Gunsten der dort lebenden
205 Menschen für eine gute Zukunft genutzt werden. Der Hansebelt ist prädestiniert als
206 Zukunftsregion. Der förderliche Regionsbildungsprozess muss fortgesetzt werden. Dafür setzen
207 wir uns mit Nachdruck ein.

Antrag Nr. 22: Forderung zur rechtlichen Ermöglichung auch bundeseinheitlicher 24/7-Öffnungszeiten für vollautomatisierte Verkaufsstellen, einschließlich Sonntagsbetrieb.

Antragsteller: MIT Schleswig-Holstein

Der Landesparteitag möge beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, das Ladenöffnungszeitengesetz Schleswig-Holstein (LÖFFZG SH) so zu ändern, dass vollautomatische Verkaufsstellen (z. B. Smart Stores, begehbare Automaten) rund um die Uhr – auch an Sonn- und Feiertagen – betrieben werden dürfen, sofern keine Mitarbeitenden vor Ort tätig sind und ausschließlich Waren des täglichen Bedarfs angeboten werden.

2. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich über den Bundesrat für eine bundesweit einheitliche klare gesetzliche Definition und Regelung des Ladenschlussrechts für vollautomatisierte Verkaufsstellen einzusetzen, wodurch Rechtsunsicherheit und ungleiche Wettbewerbsbedingungen in den einzelnen Bundesländern vermieden werden sollen.

3. Weiter setzt sich die Landesregierung für die begleitete Einführung von Standards zur Sicherheit, Überwachung und respektvollen Einbindung in lokale Gemeinden, z. B. Verbot von Befüllarbeiten am Sonntag oder andere Lärmschutzmaßnahmen bei vollautomatischen Verkaufsstellen ein.

Begründung:

Bestehende Praxis und Rechtsprechung in Bundesländern:

In Hessen hat der Landtag bereits sein Ladenöffnungsgesetz geändert: Vollautomatisierte Verkaufsstellen bis ca. 120 m² dürfen seit 2024 auch sonntags und feiertags öffnen, wenn kein Personal vor Ort ist und nur Waren des täglichen Bedarfs angeboten werden. Gleiches gilt inzwischen in Mecklenburg-Vorpommern. In NRW bestätigte im Februar 2025 das OVG Münster, dass Automatenkioske ohne Personal nicht unter das Ladenöffnungsgesetz fallen können und damit auch an Sonn- und Feiertagen grundsätzlich öffnen dürfen. Durch die unterschiedlichen Ländergesetzgebungen und abweichende Auslegung/Rechtsprechung ist ein Flickenteppich an Regelungen entstanden.

...

40 **Missverhältnis zwischen Stadt und Land sowie bestehender Realitäten:**

41 In Großstädten existieren zahlreiche Spätkauf-Läden („Spätis“) die faktisch 24/7, auch sonntags,
42 geöffnet sind – teils legal wegen Sonderstandorten (Bahnhöfe, Flughäfen) oder faktisch wegen
43 fehlender Kontrolle. Gleichzeitig arbeiten dort Menschen auch an Sonn- und Feiertagen. Im
44 ländlichen Raum hingegen sind auch spontane Einkäufe am Sonntag oft unmöglich – ein
45 Missverhältnis, da dort niemand beschäftigt wird und keine Sonntagsruhe durch Personal
46 gefährdet wäre.

47
48 **Besonderer Bedarf im ländlichen Raum:**

49 In strukturschwachen, dünn besiedelten Regionen fehlen Einkaufsmöglichkeiten, insbesondere
50 am Sonntag oder zu Randzeiten. Verbraucher-Accounts in Online-Foren berichten über
51 landwirtschaftliche Lebensmittelautomaten, die 24/7 öffnen und das Grundbedürfnis decken,
52 auch dort, wo klassischer Handel nicht mehr vorhanden ist. Pilotprojekte wie der Edeka Smart
53 Dorfladen in Freckenfeld oder tegut-teo-Stores zeigen: Auch kleinflächige Smart Stores mit
54 automatischem Betrieb erleichtern die Nahversorgung, besonders für Senioren oder
55 Mobilitätseingeschränkte auf dem Land.

56
57 **Arbeitnehmerschutz:**

58 Da bei automatisierten Verkaufsstellen keine Mitarbeitenden an Sonn- und Feiertagen arbeiten
59 müssen, ist der klassische Arbeitnehmerschutz nicht betroffen – im Gegensatz zum Schutz der
60 Sonntagsruhe, der durch Technik nicht tangiert wird.

61
62 **Stärkung des Mittelstands:**

63 Gerade KMU in ländlichen Regionen, Direktvermarkter, Unternehmer im Nahversorgungsbereich
64 und Technologieanbieter profitieren von klaren, modernen Rahmenbedingungen, um
65 wirtschaftlich zu arbeiten und regionale Versorgung zu sichern.

Antrag Nr. 23: Bürokratie abbauen: Pflichten verringern, Arbeitgeber entlasten. Initiative für den Abbau redundanter Nachweis- und Antragspflichten.

Antragsteller: MIT Schleswig-Holstein

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, auf Bundesebene eine Initiative zu ergreifen, die zum Ziel hat, die bürokratiebedingten Kosten- und Zeitbelastungen kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU), deutlich zu reduzieren, indem:

- die Pflicht von Arbeitgebern zur Ausstellung von Nachweisen und Bescheinigungen gegenüber staatlichen Stellen auf das notwendige Maß reduziert wird, insbesondere, wenn die Daten bereits vorliegen oder Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer diese ohnehin regelmäßig erhalten,
- digitale Schnittstellen zwischen Betrieben, Krankenkassen, Arbeitsagenturen und Wohngeldstellen so gestaltet werden, dass Mehrfacherfassungen und doppelte Antragsverfahren vermieden werden.

Grundsatz muss dabei das Once-Only-Prinzip sein: Daten werden einmal erfasst und anschließend von den zuständigen Stellen genutzt.

Begründung:

Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber erleben täglich, wie überflüssige Bürokratie Arbeitszeit und Geld kostet. Besonders deutlich wird das an drei einfachen, aber alltäglichen Beispielen:

- Wohngeld-Bescheinigungen: Arbeitgeber müssen für Wohngeldstellen zusätzliche Formulare ausfüllen, obwohl Arbeitnehmer die Lohnabrechnungen ohnehin monatlich erhalten und selbst einreichen. → Doppelte Arbeit.
- Arbeitslosengeld-Bescheinigungen: Nach Ende eines Arbeitsverhältnisses müssen Arbeitgeber erneut detaillierte Bescheinigungen für die Bundesagentur für Arbeit erstellen – trotz vorhandener Daten. → Unnötiger Zusatzaufwand.
- Digitale Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen: Krankenkassen erhalten Krankmeldedaten bereits digital, dennoch müssen Arbeitgeber zusätzlich Erstattungsanträge stellen, um Lohnfortzahlung zurückzubekommen. → Überflüssige Bürokratie.

Diese Verfahren sind nicht mehr zeitgemäß, binden Ressourcen und belasten insbesondere kleine und mittlere Unternehmen. Jede Stunde, die hier mit Formularen oder Doppelparbeit vergeudet wird, fehlt am Ende in der Ausbildung, in der Fachkräftebindung oder bei der

...

eigentlichen Arbeit am Kunden. Das erzeugt erhebliche Unzufriedenheit mit staatlicher Verwaltung, führt zu Resignation und behindert Unternehmertum erheblich.

Es geht um eine grundsätzliche ordnungspolitische Frage: Staat und Verwaltung dürfen nicht handeln, als müssten sie Arbeitgeber und Arbeitnehmer doppelt kontrollieren. Vertrauen, Augenhöhe und Verlässlichkeit müssen das Fundament sein. Bürokratieabbau ist Voraussetzung für die Zukunft der sozialen Marktwirtschaft. In Schleswig-Holstein, das fast ausschließlich von Mittelstand, Handwerk und Familienunternehmen getragen wird, ist dieser Grundsatz entscheidend.

Digitalisierung allein löst das Problem nicht: Wenn Verfahren einfach nur von Papier ins Digitale übertragen werden, ohne sie zu verschlanken, entsteht am Ende nur digitale Mehrarbeit. Was wir brauchen, ist ein konsequentes „Once-Only-Prinzip“: Daten werden einmal erfasst und dann in allen relevanten Verfahren genutzt. Länder wie Dänemark oder Estland zeigen, dass genau das funktioniert: effizient, bürgernah und mit Vertrauen in die Wirtschaft und die Menschen. Genau das würde das gesellschaftlich so notwendige Vertrauen in staatliche Verwaltung und Institutionen zurückbringen.

Gerade Schleswig-Holstein muss hier mit gutem Beispiel vorangehen: Unser Land steht wie kaum ein anderes für einen breit aufgestellten Mittelstand und viele kleine Betriebe im ländlichen Raum. Jede zusätzliche Bürokratiepflicht trifft hier doppelt hart: kleine Betriebe haben keine Personalabteilung, und es fehlt die Zeit, ständig Formulare auszufüllen. Wenn Arbeitgeber ihre Energie auf unnötige Nachweise verschwenden müssen, statt in Mitarbeitergewinnung, Ausbildung und Wertschöpfung zu investieren, dann schwächt das den gesamten Standort Schleswig-Holstein.

Als CDU Schleswig-Holstein setzen wir ein klares Signal: Wir wollen Bürokratie spürbar verschlanken, Doppelarbeit vermeiden und Arbeitgeber wie Arbeitnehmer gleichermaßen entlasten. Wir setzen uns dafür ein, dass Bund und Behörden diese überflüssigen Nachweispflichten konsequent reduzieren und die Verfahren so gestalten, dass sie wirklich helfen, statt zu belasten.

Antrag Nr. 24: Digital beantragen: Schneller entscheiden, Investitionen ermögliche. Etablierung einer Strategie zur Digitalisierung von Genehmigungsverfahren.

Antragsteller: MIT Schleswig-Holstein

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die CDU Schleswig-Holstein fordert die Landesregierung auf, auf eine bundeseinheitliche Digitalisierungsstrategie für alle genehmigungs- und anzeigepflichtigen Verfahren mit Relevanz für mittelständische Unternehmen hinzuwirken. Dazu zählen insbesondere:

- gewerbliche Bauanträge,
- Gaststätten- und Betriebserlaubnisse,
- umwelt- und gewerberechtliche Anzeigen und Genehmigungen,
- Berufsanerkennungsverfahren sowie
- bundes- und landesrechtlich relevante Unternehmensmeldungen.

Weiter wird die Landesregierung aufgefordert, sich im Bundesrat und gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

- digitaler Schnittstellenstandards: bundesweit und verbindlich entwickelt auf Grundlage der Registermodernisierung und der Onlinezugangsgesetze (OZG/OZG 2.0),
- medienbruchfreie digitale Verfahren: als verpflichtende Voraussetzung eingeführt, für die Wirksamkeit neuer behördlicher Pflichten in diesen Bereichen,
- Ausweitung der Genehmigungsfiktion: Anträge gelten als genehmigt, wenn innerhalb einer festgelegten digitalen Bearbeitungsfrist keine Rückmeldung,
- Einbindung des Normenkontrollrats: Entwicklung einer digitalen Verfahrensübersicht, in der alle bestehenden und neuen Verwaltungsverfahren mit Zuständigkeiten, Fristen und Digitalisierungsstand zentral dokumentiert und auf Vereinfachungspotenziale geprüft werden,
- Evaluierung: aller Genehmigungsprozesse auf Digitalisierbarkeit und Entbehrlichkeit.

Begründung:

Wer heute eine Baugenehmigung, eine Betriebserlaubnis oder eine Anzeige nach Umweltrecht stellen möchte, erlebt Verfahren, die meist weder digital noch klar strukturiert sind. Gerade kleine und mittlere Unternehmen, die das Rückgrat unserer Wirtschaft in Schleswig-Holstein bilden, haben nicht die personellen Kapazitäten, um über Wochen analoge Verfahren zu begleiten oder immer neue Rückfragen abzuarbeiten. Medienbrüche, Wartezeiten und fehlende

...

Transparenz binden Zeit und Geld. Ressourcen, die eigentlich für Wertschöpfung, Ausbildung und Fachkräftebindung gebraucht würden.

Genehmigungsverfahren sind Standortfaktor, Investitionsanreiz und Wettbewerbsgrundlage: Wenn Verfahren zu lange dauern, werden Investitionen verschoben oder unterlassen. Das schwächt die Wirtschaftskraft, verlangsamt die Energiewende und sorgt für Frust bei Bürgerinnen und Bürgern. In Schleswig-Holstein ist dies besonders im Wohnungsbau, in der Windkraft, bei der Ansiedlung neuer Betriebe und in vielen Projekten im ländlichen Raum spürbar. Jede Verzögerung kostet uns Wachstum, Akzeptanz und Vertrauen.

Der Staat hat sich mit dem Onlinezugangsgesetz (OZG), der Registermodernisierung und dem Pakt für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung bereits zur Modernisierung von Verfahren verpflichtet. Doch was auf dem Papier steht, funktioniert in der Praxis bisher nicht. Wenngleich es in einigen Regionen vorzeigbare Ergebnisse gibt, belegen auch der Normenkontrollrat (Jahresbericht 2023), der ITV.SH (Jahresbericht 2024) und die Landesregierung SH (Gesamtplan für Informationstechnik und Digitalisierung 2023), dass eine wirksame und einheitliche Handlungsweise bisher nicht existiert.

Um Wirksamkeit und Nachvollziehbarkeit von Verwaltungungsverfahren künftig messbar zu machen, soll der Normenkontrollrat stärker in die digitale Dokumentation der Schaffung von Verfahren einbezogen werden. Eine zentrale digitale Verfahrensübersicht, die alle Genehmigungs- und Anzeigeverfahren mit Zuständigkeiten, Fristen und Digitalisierungsgrad erfasst, schafft Transparenz und ermöglicht es, Verfahren gezielt zu vereinfachen.

Deshalb braucht es klare Spielregeln: Fristen, digitale Standards und das „Once-Only-Prinzip“. Daten werden einmal erfasst und anschließend von den zuständigen Stellen genutzt. Wer verpflichtet wird, Anträge digital einzureichen, muss darauf vertrauen können, dass Behörden im Gegenzug digital bearbeiten. Die Einführung einer verbindlichen Genehmigungsfiktion ist dabei kein Misstrauen gegenüber den Behörden, sondern ein notwendiger Ausgleich: Läuft eine Frist ab, ohne Rückmeldung, gilt der Antrag als genehmigt. Das schafft Rechtssicherheit, beschleunigt Entscheidungen und setzt den notwendigen Handlungsdruck.

Beispiele gibt es genug: Ob Solaranlage, Wärmepumpe oder Gewerbeantrag. Selbst dort, wo vereinfachte Verfahren vorgesehen sind, kommt es in der Praxis zu unverhältnismäßigen Wartezeiten. Für Bürger und Betriebe ist das unverständlich. Ein verbindlich standardisiertes, digital geführtes Verfahren mit klaren Fristen würde hier nicht nur entlasten, sondern auch Vertrauen in die Verwaltung zurückgewinnen.

Gerade Schleswig-Holstein muss hier vorangehen. Unser Land ist Mittelstandsland und Energieland Nr. 1 in Deutschland. Wir brauchen schnelle Verfahren, damit Windkraft,

80 Wasserstoffprojekte und Wohnungsbau nicht am Papierstapel scheitern. Gleichzeitig sind viele
81 unserer Unternehmen klein, inhabergeführt und im ländlichen Raum verankert. Sie haben keine
82 eigene Genehmigungsabteilung. Wenn sie Zeit in endlosen Verfahren verlieren, verliert
83 Schleswig-Holstein an Dynamik.

84

85 Die öffentliche Verwaltung ist Dienstleisterin. Digitalisierung bedeutet Klarheit, Planbarkeit und
86 Verlässlichkeit. Wenn unser Land wirtschaftlich stark bleiben und als Energieland Nr. 1 bestehen
87 will, müssen wir genau dort ansetzen, wo heute noch Wartezeiten und Papierberge Investitionen
88 blockieren.

Antrag Nr. 25: Mobilfunkausbau: Funklöcher schließen, Wirtschaft verbinden. Initiative für flächendeckenden Mobilfunk: Planungsbeschleunigung und wirtschaftsnahe Priorisierung

Antragsteller: MIT Schleswig-Holstein

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die CDU Schleswig-Holstein fordert die Landesregierung auf, **gemeinsam mit den Ländern und Kommunen eine ressortübergreifende Taskforce Mobilfunk-Genehmigungsturbo** zu initiieren. Ziel ist es, die Planungs- und Genehmigungsprozesse für Mobilfunkinfrastruktur zu vereinheitlichen, zu digitalisieren und erheblich zu beschleunigen. Darüber hinaus sollen bestehende Funklöcher gezielt geschlossen und unternehmerisch relevante Räume prioritär erschlossen werden. **Im Einzelnen wird gefordert:**

- eine Änderung der Anforderungen der Bundesnetzagentur an Mobilfunkbetreiber bei der Erfüllung von Quoten für die Netzabdeckung. Die Anforderungen an die Netzabdeckung müssen realitätsnah bei Anwendung und Nutzung sein.
- Planungs- und Genehmigungsprozesse für neue Funkmasten und Netzverstärkungen zu vereinheitlichen, digitalisieren und beschleunigen,
- Funklöcher in bereits bestehenden gewerblich genutzten Bereichen (z. B. Industrie- und Gewerbegebiete, Logistikachsen) vorrangig zu schließen, um bestehende Wertschöpfung zu sichern,
- in strukturschwachen oder sich neu entwickelnden Wirtschaftsregionen die Infrastrukturplanung frühzeitig mit der Standort- und Ansiedlungspolitik zu verzahnen, sodass neue Gewerbe- und Industrieflächen von Beginn an digital voll erschlossen werden,
- mit bundeseinheitlichen Standards, einem zentralen Infrastruktur-Monitoring und verkürzten Reaktionsfristen für Behörden zu arbeiten sowie
- einen verbindlichen Abgleich zwischen Mobilfunkabdeckung und unternehmerischer Aktivität zu ermöglichen, etwa über Daten aus dem Unternehmensregister, Geoinformationssystemen und Standortanalysen.

Die Taskforce soll jährlich öffentlich Bericht erstatten. Die Ergebnisse sind in eine dynamische Digitalinfrastruktur-Strategie zu überführen.

...

36 **Begründung:**

37 Genehmigungsverfahren für Mobilfunkstandorte sind bislang nicht bundeseinheitlich geregelt.
38 Sie unterliegen den jeweiligen Landesbauordnungen und kommunalen Zuständigkeiten,
39 wodurch sich unterschiedliche Abläufe, Anforderungen und Fristen ergeben. Auch in Schleswig-
40 Holstein sind die Bauaufsichtsbehörden der Kreise und kreisfreien Städte zuständig. Diese
41 fragmentierte Struktur erschwert eine zügige Realisierung neuer Mobilfunkstandorte und führt
42 zu vermeidbaren Verzögerungen beim Ausbau der Netzinfrastruktur.

43
44 Ein stabiles Mobilfunknetz ist heute kein Komfort, sondern Grundlage für Wirtschaft, Gesellschaft
45 und Sicherheit. Ob Logistik, Handwerk, Pflege, Landwirtschaft oder Tourismus: Wer unterwegs
46 arbeitet, braucht zuverlässige mobile Konnektivität.

47
48 Gerade auch in Schleswig-Holstein zeigt sich weiterhin ein massives Defizit. Funklöcher bestehen
49 entlang wichtiger Verkehrsachsen wie der A7 und A20 sowie auch zahlreichen Bundesstraßen,
50 auf Bahnstrecken, in Gewerbegebieten und sogar in Orten mit tausenden Einwohnern. Für
51 Unternehmen bedeutet das unterbrochene Telefonate, fehlende Datenverbindungen und gestörte
52 Arbeitsprozesse. Ein Beispiel: Ein Pflegedienst auf dem Land kann seine digitale Einsatzplanung
53 nur eingeschränkt nutzen, weil das Netz auf bestimmten Routen regelmäßig abbricht. Die Folge:
54 Doppelarbeit, Frust, Zeitverlust und Risiken in der Versorgung.

55
56 Obwohl seit Jahren angekündigt, ist ein flächendeckendes Mobilfunknetz bis heute nicht
57 realisiert. Die Ursachen sind klar: langwierige Genehmigungen, unklare Zuständigkeiten,
58 fehlende Priorisierung von Wirtschafts- und Verkehrsachsen. Das Problem liegt weniger in der
59 Technik als in den Verfahren. Genehmigungen laufen zu oft analog, uneinheitlich und
60 intransparent ab. Gerade in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein mit vielen ländlichen
61 Regionen ist dies besonders gravierend.

62
63 Darum braucht es jetzt Tempo. Schleswig-Holstein muss gemeinsam mit dem Bund dafür sorgen,
64 dass Genehmigungen beschleunigt, Funklöcher gezielt geschlossen und wirtschaftlich relevante
65 Räume zuerst erschlossen werden. Mobilfunk ist kein Luxus, sondern Standortfaktor und
66 Grundversorgung.

67
68 Mit diesem Antrag setzt die CDU Schleswig-Holstein ein klares Signal: Wir wollen Netzabdeckung.
69 Wir wollen Tempo. Wir wollen eine digitale Basis, die Wirtschaft, Bürger und Tourismus
70 verbindet.